



# FIGU-

# ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

3. Jahrgang  
Nr. 70, Mai 2017

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

## Schweizer Zeitung NZZ führt offenen Desinformationskrieg gegen Russland

Veröffentlicht am 18. Mai 2017 von dieter



Das russische Aussenministerium kritisierte die Schweizer Zeitung «Neue Zürcher Zeitung» für die Veröffentlichung des Artikels mit der grundlosen Behauptung, dass Moskau angeblich in Wahlkämpfe westlicher Länder eingriffe.

Der Kommentar des Aussenministeriums der RF wurde auf der Website des Aussenministeriums unter der Rubrik «Fake News» veröffentlicht, wo die verlässlich höchst unzuverlässigen Informationen der westlichen Medien über Russland zusammengefasst und als «Falschmeldungen» entlarvt werden.

Im Artikel der NZZ unter dem Titel «Putin führt Krieg gegen den Westen» wird behauptet, dass die «russische Führung» Hacker-Angriffe organisierte, um demokratische Wahlen in Frankreich und den USA zu untergraben. Das nächste Ziel von Hackern würden die Parlamentswahlen in Deutschland im September, schreibt Autor Andreas Rüesch.

Doch der Autor hat keinerlei Fakten, versucht stattdessen Vermutungen, Annahmen und Verdachte aufzureihen. Er ersetzt also Wissen und Intelligenz durch straffe Haltung, durch Glauben, behauptet lediglich «eine Fülle von Indizien» und verweist auf die «Einschätzungen» der westlichen Geheimdienste und «diverser Computersicherheitsfirmen». Dabei erkennt Andreas Rüesch zwar an, dass die Herkunft der Hacker-Angriffe unmöglich «mit hundertprozentiger Sicherheit» zuzuordnen ist, gibt aber trotzdem dem Kreml eine verdachtsbasierte Schuld am unvorhergesehenen Lauf der Welt. (Anm. d. Red.: Dabei hatte «WikiLeaks» mit «Vault7» vor kurzem amerikanische Geheimdienst-Anleitungs-Dokumente zur vorsätzlichen Legung falscher Spuren im Web veröffentlichen können. Klauen, Schummeln und Anschwärzen zugleich aus erster Hand. Das Original! Die Dienste bestritten auch nichts



inhaltlich Relevantes, schäumten nur wegen der Quelle der Aufdeckung des «Verrats» in den eigenen Reihen. Herr Rüesch ist also entweder vorsätzlich böswillig oder ein des notwendigen Recherche-Lesens unwilliger Schreiberling. Masse statt Klasse. Der vielleicht Letzte seiner Zunft – Peter Scholl-Latour – rotiert im Grabe.)

«Wir kommen zum Schluss, dass auch die «NZZ» die grundlegenden Prinzipien des professionellen Journalismus aufgibt, die objektive und unparteiische Berichterstattung über Ereignisse, indem sie zur Führung eines offenen Desinformationskrieges gegen Russland übergeht», heisst es in der Mitteilung des Aussenministeriums.

Im Aussenministerium wurde dabei bemerkt, dass solche Veröffentlichungen dem traditionellen «positiven Image der Schweizer Medien» schaden.

Aus Sicht des Aussenministerium der RF ist der Artikel der «Neuen Zürcher Zeitung» nichts anderes als absichtliche Schwarzmalerei. «Russland schützt das Völkerrecht und beschäftigt sich seitens seiner Regierung und ihren Diensten nicht mit der Führung von IT-Hackerangriffen.»

Quelle: fit4russland

Quelle: <http://krisenfrei.de/schweizer-zeitung-nzz-fuehrt-offenen-des-informationskrieg-gegen-russland/>

## Eilmeldung: Tausende Taliban-Kämpfer als Flüchtlinge eingereist

Michael Mannheimer, 24.4.2017



Tausende Talibans sind da!

Es sind die Früchte der Merkelschen Immigrationspolitik

Wegen der illegalen Einreise tausender, als Flüchtlinge getarnter Talibankämpfer nach Deutschland ermittelt der Generalbundesanwalt deshalb bereits in mehr als 70 Fällen. Sechs Männer sitzen in Untersuchungshaft. Die Arrestierung von lächerlich wenigen sechs unter Tausenden frei herumlaufenden Talibankämpfern ist eine Farce. De facto haben Merkel und die Bundestagsabgeordneten Deutschland durch ihre kriminelle Politik der grenzenlosen Masseneinwanderung von Millionen Moslems in einen latenten Kriegszustand befördert. Wann dieser Krieg – es wird ein Krieg der Moslems gegen die Deutschen sein – ausbricht, hängt von Faktoren ab, die man nicht berechnen kann. Dieser Krieg kann jeden Moment beginnen.

### Sinnlose Ermittlungen der Bundesstaatsanwaltschaft gegen einzelne Taliban

Sinnvoll wäre ausschliesslich eine Bundesermittlung gegen Merkel

Von einer Ermittlung gegenüber der wichtigsten Person, was diese illegalen Einreisen von Terroristen anbetrifft, ist nichts bekannt. Denn ohne diese Person wäre kein einziger Taliban oder IS-Terrorist nach Deutschland gekommen. Es ist die grösste Menschenschleuserin und Unterstützerin der weltweit grössten terroristischen Vereinigungen, Angela Merkel. Sie versties gegen zahllose Gesetze, beugte Recht und Grundgesetz nach Belieben.

Die Ermittlungen der Bundesstaatsanwaltschaft gehören längst auf das Kanzleramt gerichtet. Denn gute Ermittler versuchen immer, den Kopf krimineller oder terroristischer Vereinigungen zu finden. Doch hier in Merkel-land herrschen längst andere Gesetze. Das Strafgesetzbuch und das Grundgesetz sind, was die Handlungen der Regierung anbetrifft, faktisch abgeschafft.

Ich weiss das, die meisten Juristen wissen das, die Polizei weiss das auch, ebenfalls die Medien. Und die Politik sowieso. Doch entweder verschleiert man die zahllosen Beweise des Merkelschen Unrechtsstaates (weil man selbst an diesem beteiligt ist), oder man hat nicht den nötigen Mumm, dies öffentlich bekanntzugeben.

Keine Strafverfolgungsbehörde hat den Mut, ihrem Eid folge zu leisten und gegen die Hauptverantwortlichen der ständigen, für den Fortbestand Deutschlands existentiell gefährdende sträfliche Missachtung deutscher Gesetze zu ermitteln und diese zur Verantwortung zu ziehen.

Daher ist die Suche nach den Talibankämpfern und die Arrestierung eines kümmerlich kleinen Haufens dieser Terroristen ein billiges politisches Ablenkungsmanöver nach dem Motto: «Seht, der Staat tut was für eure Sicherheit!» In Wirklichkeit lenkt diese Suche davon ab, dass es diese Gefahr ohne ihn, den Staat, nie gegeben hätte.

### § 129a Abs 5 Bildung terroristischer Vereinigungen

Sinngemäß sagt § 129a Abs 5 (Unterstützung terroristischer Vereinigungen):

Wer eine terroristische Vereinigung unterstützt, wird in den Fällen der Absätze 1 (Mord (§ 211) oder Totschlag (§ 212) oder Völkermord (§ 6 des Völkerstrafgesetzbuches) oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 des Völkerstrafgesetzbuches) oder Kriegsverbrechen (§§ 8, 9, 10, 11 oder § 12 des Völkerstrafgesetzbuches) und Absatz 2 (Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des § 239a oder des § 239b) mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft.

Merkel, ihre gesamte Regierung, die meisten Politiker des Bundestags und der Länderparlamente sowie zahlreiche Politiker und Journalisten, die den Islam als «Friedensreligion» bezeichnen und sich für die kriminelle Einreisepolitik Merkels einsetzen, fallen zweifellos unter diesen Strafrechtstatbestand.

Doch es wird nichts geschehen. Stattdessen wird Deutschland seinem Untergang weiterhin Schritt für Schritt entgegengehen. Effizient, mit einer bestens organisierten staatlichen Bürokratie – und vor allem: Ohne dass es einen wirksamen Widerstand seitens des deutschen Volkes gibt.

Denn die «Spaziergänge» von PEGIDA und anderen patriotischen Bewegungen haben den Prozess nicht aufhalten können, sondern ihn im Gegenteil noch beschleunigt.

Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2017/04/24/eilmeldung-tausende-taliban-kaempfer-als-fluechtlinge-ingereist/>

## TTIP ist zurück: US-Regierung will Freihandel mit der EU

*Veröffentlicht am April 24, 2017 in Welt von anonymous; Von deutsche-wirtschafts-nachrichten*

**Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP stehen möglicherweise vor ihrer Wiederaufnahme: Der Sprecher der Republikaner im US-Kongress, Paul Ryan, sagte in einem Vortrag beim Think Tank Policy Exchange, dass die US-Regierung Freihandelsabkommen nicht ablehnt:**

«Wir wollen nicht, dass China die Regeln der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts schreibt. Wir wollen das übernehmen. Wir wollen faire Bedingungen für unsere Geschäfte. Und ja, wir wollen Freihandelsdeals. Aber sie müssen intelligente Handelsgeschäfte sein. Sie müssen den Arbeitnehmern helfen und die Löhne erhöhen. Sie müssen hochbezahlte, nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Die gute Nachricht ist, dass diese genau die Art von Arbeitsplätzen sind, die Sie von klaren Freihandelsabkommen erhalten. Und wir müssen die Instrumente weiter schärfen, um unfaire Handelspraktiken zu bekämpfen.»

Im Hinblick auf den EU-Austritt der Briten sagte Ryan: «Nach der Auslösung von Artikel 50 werden das Vereinigte Königreich und die EU im Laufe der Verhandlungen den besten Weg finden. Wir wollen, dass die Parteien zusammenkommen und eine dauerhafte Vereinbarung treffen. Eine starke britische EU-Beziehung ist in allen unseren besten Interessen.»



*Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Donald Trump am 17.03.2017 in Washington im Weissen Haus. (Foto: dpa)*

Zum TTIP sagte Ryan: «In diesem Zusammenhang werden die Vereinigten Staaten weiterhin eng mit unseren EU-Freunden zusammenarbeiten und einen Weg vorwärts auf TTIP-Verhandlungen entwerfen. In meiner früheren Aufgabe als Vorsitzender des Ways and Means Ausschusses war dies immer meine oberste Priorität.

Gleichzeitig fühlen wir uns verpflichtet, mit Präsident Trump und Ihrer Regierung zusammenzuarbeiten, um ein bilaterales Handelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien zu erreichen.

Das ist eine der überparteilichen Botschaften, die ich mitgebracht habe – von Demokraten und Republikanern –, dass die Vereinigten Staaten bereit sind, so bald wie möglich ein neues Handelsabkommen mit Grossbritannien zu schliessen, damit wir das grosse Potential zwischen unseren Leuten weiter erschliessen können.»

Die Times of London schrieb, dass Ryan damit den «bisher deutlichsten Hinweis gegeben habe, dass TTIP eine Auferstehung erleben könnte». Ryans Wort hat Gewicht, weil US-Präsident Donald Trump allein nicht stark genug sein dürfte, um sich einem Freihandelsabkommen mit der EU zu verweigern – wenn es die Republikaner wirklich wollen. Wie bei Grossbritannien ist auch beim TTIP zu erwarten, dass die Republikaner die Unterstützung von einigen Demokraten bekommen werden. Zahlreiche Abgeordnete aus beiden Parteien sind vor allem Lobbyisten und als solche jenen verpflichtet, die Handelsinteressen haben.

Die Times berichtet ausserdem, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel US-Präsident Donald Trump überzeugt habe, dem TTIP zuzustimmen. Allerdings ist hier bei den Quellen der Times eine gewisse Vorsicht angebracht. Die Times-Erzählung ist byzantinisch ausgeschmückt, dass man sie nur schwer glauben kann. Reuters übernahm den Bericht und referierte aus der Times:

Bundeskanzlerin Angela Merkel habe Trump davon überzeugt, dass ein Abkommen mit der EU leichter zu erreichen sei, als dieser bislang angenommen habe.

Trump habe Merkel zehn Mal gefragt, ob die USA ein bilaterales Handelsabkommen mit Deutschland schliessen könnten, zitierte die Zeitung einen nicht näher genannten ranghohen deutschen Politiker. Jedes Mal habe Merkel geantwortet, ein solches Handelsabkommen könne nur mit der EU vereinbart werden. «Bei der elften Ablehnung hat Trump schliesslich kapiert: «Oh, dann machen wir eben mit Europa einen Vertrag», wird der Politiker zitiert.»

Die Times berichtet, dass EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström in der kommenden Woche US-Handelssekretär Wilbur Ross und andere Offizielle der US-Regierung besuchen werde. Die Times spekuliert, dass die EU den Eindruck verhindern will, besonders heiss auf das Abkommen zu sein. Dies würde die Verhandlungsposition der EU schwächen. Allerdings soll die «wirtschaftliche und strategische Grundlage» für einen Deal diskutiert werden, wenn die Amerikaner dazu bereit sind.

Die Times: «Vor der Präsidentschaftswahl des vergangenen Jahres hatten die EU und die USA mit dem TTIP-Deal Fortschritte gemacht, aber die Absicht von Trump, multilaterale Abkommen zu verwerfen, schien das Ende von TTIP zu signalisieren. Allerdings haben sechs derzeitige und ehemalige Handelsbeamte aus den USA, Grossbritannien und der EU gesondert gesagt, dass das Weisse Haus seine Position bei der Ablehnung eines Freihandelsabkommens mit der EU gemildert habe, seit Trump das Amt übernommen hat. Von den sechs glaubte allerdings nur einer, dass die TTIP-Gespräche wieder aufgenommen würden, während fünf unsicher waren, ob der Deal wieder aufgenommen oder ein neuer vorgeschlagen würde.»

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagte bei einem Treffen der Gruppe der 20 führenden Industrie- und Schwellenländern in Washington, er sehe Anzeichen für eine Entspannung im Streit mit der neuen US-Regierung über Abschottung und Freihandel. In der Tendenz hätten sich die Fronten gegenüber dem letzten Treffen der G20-Gruppe gelockert, sagte Schäuble am Freitag in Washington. Er glaube daher, dass man das Problem beim G20-Gipfel im Juli in Hamburg «einer unkonfrontativen Lösung» zuführen könne.

Die bisherige politische Praxis der Trump-Regierung würde dafür sprechen, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Denn Trump hat in den wichtigsten politischen Positionen seine Meinung stets geändert. Im Fall des TTIP wäre eine solche taktische Kehrtwende durchaus nachvollziehbar, weil sich die Amerikaner davon eine stärkere Verhandlungsposition erhoffen.

Quelle: <http://derwaechter.net/ttip-ist-zuruck-us-regierung-will-freihandel-mit-der-eu>

## **Studie: «Menschen erreichten Amerika 100 000 Jahre früher(!) als bislang gedacht»**

*Andreas Müller; Grenzwissenschaft aktuell; Do, 27 Apr 2017 17:04 UTC*

*San Diego (USA) – Funde in einer Höhle in Kalifornien legen nahe, dass der Homo sapiens nicht die erste Menschenart war, die Amerika erreicht und besiedelt hatte. Die Wissenschaftler datieren die Funde auf ein Alter von 130 000 Jahren, was die Ankunft von Menschen bzw. Frühmenschen im Gegensatz zur bisherig wissenschaftlich akzeptierten Vorstellung um sage und schreibe 100 000 Jahre vordatiert.*

Wie das Team um Tom Deméré vom San Diego Natural History Museum, Kathleen und Steven Holen vom Center for American Paleolithic Research aktuell im Fachjournal Nature (DOI: 10.1038/nature22065) berichtet,



beruht die schier unglaublich klingende Datierung auf zerbrochenen Mastodon-Knochen und Steinen, die im Innern einer Höhle nahe San Diego in Kalifornien gefunden und datiert werden konnten.

Zugleich stellt die Schlussfolgerung der Studie aber nicht nur die Chronologie der Besiedlung Amerikas durch Menschen massiv in Frage, sondern auch die Vorstellung darüber, durch wen, bzw. welche Art, der Kontinent erstmals besiedelt wurde.

Die bisherige Lehrmeinung geht davon aus, dass Nordamerika frühestens vor weniger als vor 20 000 Jahren von modernen Menschen über die Beringstrasse nach Alaska besiedelt wurde. Vor 14–15 000 Jahren sollen Menschen dann Südamerika erreicht haben. Jetzt scheint es so, als seien dem Homo sapiens bereits andere Arten wie etwa der Neandertaler oder der Denisova-Mensch aus Asien zugekommen.

Tatsächlich ist die Theorie über eine deutlich frühere Besiedlung Amerikas aber nicht neu und wurde von den Holens schon vor Jahren durch auf ein Alter von mindestens 40 000 Jahre datierte Funde untermauert. Eine erste Datierung der Funde von San Diego liess sogar auf ein Alter von bis zu 300 000 Jahren schliessen – Ergebnisse, die die Forscher aber selbst aufgrund damals noch ungenauer Methoden in Zweifel zogen.

Die neue Datierung (auf das besagte Alter von rund 130 000 Jahre) basiert nun aufgrund eines mangelnden Kohlenstoffgehalts der Mastodonknochen, nicht auf einer Radiokarbondatierung (C14), sondern auf der Bestimmung radioaktiven Uraniums und Thoriums in den Knochen.

Wie zu erwarten, stösst die Studie unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung nicht nur auf Interesse, sondern auch auf scharfe Kritik. Zum einen bezieht sich diese auf die angewandte Datierungsmethode, die sich aufgrund eines mangelhaften Kohlenstoffgehalts nicht auf die herkömmliche Radiokarbondatierung (C14) der Mastodonknochen, sondern eine Bestimmung radioaktiven Uraniums und Thoriums in den Knochen stützt. Diese Methode, so zitieren die «Nature News» den Archäologen Alistair Pike von der University of Southampton, basiere zwar nur auf vereinfachten Modellen darüber, wie Uranium aus dem Grundwasser in Knochen gelangt. In der Datierung selbst habe er jedoch keine Fehler finden können und attestiert: «Diese Ergebnisse sind so gut, wie sie nur sein können.»

David Meltzer von der Southern Methodist University in Dallas fordert hingegen eindeutiger Beweise dafür, dass die Steine und Knochen tatsächlich von Menschen – und nicht von einer anderen Naturkraft – zerschlagen wurden: «Wenn man die Menschheitsgeschichte mit einem Ruck derart weit vordatieren möchte, dann sollte man dies mit besseren archäologischen Argumenten tun, wie hier geschehen.» Dieser Kritik schliesst sich auch John McNab von der University Southampton an und hebt hervor, dass bislang in der Höhle keine weiteren menschlichen Funde gemacht wurden.

Dennoch zeigt sich auch McNab von den angewandten Methoden und Ergebnissen fasziniert. Ebenso Erella Hovers, die die Studie für «Nature» begutachtet hat: «Als ich das Manuskript bekam, zog ich sogleich die Augenbrauen hoch und ich dachte zunächst «ach wirklich?». Dann habe ich die Arbeit aber gelesen und geprüft und finde das Ergebnis verblüffend: Schliesslich eröffnet es so viele Fragen, da wir bislang eigentlich noch gar nichts über diese Menschen von damals wissen.»

#### **GreWi-Kommentar**

*Eine Datierung von Funden mit einer Abweichung von 100 000 Jahren zur bisherigen Lehrmeinung und dies auch noch mit «Nature» in einer Fachpublikation in einem der anerkanntesten wissenschaftlichen Journale – das kommt tatsächlich nicht alle Tage vor.*

*Neben der Frage, wer genau diese Früh-Menschen waren und woher sie wie kamen, stellt das Ergebnis die Forschung auch vor die Frage, was diese Menschen in den 100 000 Jahren bis zur Ankunft des Homo sapiens in Amerika gemacht haben? Wo sind ihre fossilen Überreste? Wie und wodurch sind sie ausgestorben?*

*Aus Sicht der Grenzwissenschaft hören die Fragen – und Spekulationen – hier aber noch nicht auf: Sind diese Frühmenschen überhaupt ausgestorben, oder haben einige Populationen bis heute überlebt und bilden den Grundstein nicht nur zahlreicher Indianerlegenden von Waldmenschen, Wilden und Riesen, sondern auch der modernen Mythen rund um Sasquatch und den Bigfoot?*

*Quelle: <https://de.sott.net/article/29284-Studie-„Menschen-erreichten-Amerika-100-000-Jahre-fruher-als-bislang-gedacht>*

## **Emmanuel Macron – der Bilderberg- und Rothschild-Kandidat**

*Mittwoch, 26. April 2017, von Freeman um 18:00*

Wie ich in bisher 225 Artikeln über die Bilderberger aufgezeigt habe, war es diese geheime Gruppe, die Anfang der 50er-Jahre entschieden hat, die Europäische Union zu gründen und die gemeinsame europäische Währung einzuführen. Der langjährige Vorsitzende der Bilderberger und ehemalige Vizepräsident der Europäischen

Kommission, Etienne Davignon (Belgien), hat offen damit geprahlt, sie hätten die EU und den Euro damals entschieden. Die Aufgabe der von den Bilderbergern kontrollierten Politiker und der Medien war es in den folgenden Jahrzehnten, diese Entscheidung schrittweise umzusetzen und dem europäischen Publikum schmackhaft zu machen und zu verkaufen.



*Emmanuel Macron – die Bilderberg- und Rothschild-Puppe*

Und so entstand zuerst die Montanunion. Den Vertrag unterschrieben haben am 18. April 1951 die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien sowie die Beneluxstaaten Belgien, Niederlande und Luxemburg, die den Kern der zukünftigen EU gebildet haben. Dann kam die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die am 25. März 1957 mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge durch Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde. Durch den am 7. Februar 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht wurde die EWG mit Wirkung zum 1. November 1993 in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt.

Die Europäische Währung wurde 1979 eingeführt. Sie hiess damals ECU, Abkürzung für European Currency Unit, und war bis 1998 die Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften (EG), später der Europäischen Union (EU) und Vorläufer des Euro. Der Euro wurde am 1. Januar 1999 als Buchgeld, drei Jahre später, am 1. Januar 2002, als Bargeld eingeführt. Damit löste er die nationalen Währungen als Zahlungsmittel ab. Am 1. Dezember 2009 wurde mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die EG aufgelöst und es entstand die Europäische Union ... das WERK WAR VOLLBRACHT!

So lief es nach Salami-Taktik ab, immer schön scheinchenweise. Schluckt das Volk den ersten Köder und wird er ohne grossen Widerstand verdaut, offeriert man den nächsten ... und dann den nächsten, bis man am Haken hängt und nicht mehr frei ist. Meine Angaben, wie die EU entstanden ist und wer den Beschluss dazu fasste, hat der ehemalige US-Botschafter in Deutschland, George McGhee, bestätigt. In seinen Memoiren steht, dass die Bilderberger entscheidend waren in der Formulierung der Römischen Verträge, im frühen Stadium zur Formung der Europäischen Union.

In diesem Artikel aus dem Jahr 2012 (Pflichtlektüre) habe ich die Wurzeln der Bilderberger aufgezeigt und dabei festgestellt, dass es sich um eine NAZI-Organisation handelt. «Die Bilderberg-Gruppe ist eine faschistische Organisation mit Nazi-Wurzeln, Nazi-Führung und Nazi-Ideologie. Denn wie man unschwer herausfinden kann, wurde die Bilderberg-Gruppe von einem Nazi gegründet und Jahrzehnte lang geführt.» Ich habe auch erklärt, die grossen NAZIS sind nach dem II. WK nicht einfach verschwunden, sondern haben unter dem Deckmantel der «Demokratie» und der «Union» ihre wahren Ziele getarnt.

(Anm. Hierbei handelt es sich um eine völlig falsche Behauptung. Richtig ist gemäss dem 672. Kontakt vom 3.2.17 folgendes:

**Bilderberg-Konferenz: Die Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz planen angeblich eine Weltdiktatur oder sind Drahtzieher geschichtsträchtiger Ereignisse, etwa des Irakkriegs.**

**FALSCH!** Die Bilderberger-Konferenzen sind nicht auf eine Weltdiktatur ausgerichtet, sondern auf wirtschaftliche, politische, militärische und geheimdienstliche Planungen und Machenschaften, die absolut informell sind und als privat bezeichnet sowie möglichst und weitgehend geheim gehalten werden. Bei den Treffen finden sich einflussreiche Personen aus Wirtschaft, Militär, Politik, Medien, Hochschulen, Hochadel, Geheimdiensten und christlichen Kirchen zusammen. Bei den Konferenzen werden Gedanken über aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen ausgetauscht, wie auch Beschlüsse gefasst, die sich auf politische, militärische, geheimdienstliche, wirtschaftliche und christlich-religiöse Führungsformen usw. beziehen, die sich teils nachteilig für die Bevölkerungen der jeweiligen Länder auswirken, jedoch auch auf die Bevölkerungen und der Länderwirtschaft Beherrschung usw. Ins Leben gerufen wurde die Konferenz im Mai 1954, und zwar auf Einladung von Prinz Bernhard der Niederlande. Damals wurde die Konferenz in seinem ihm gehörenden Hotel «de Bilderberg» in Oosterbeek in den Niederlanden durchgeführt, wonach fortan der Name Bilderberg für diese Konferenzen übernommen wurde. Der ursprüngliche und erste Grund des ersten Treffens gründete in der Befürchtung,

dass Westeuropa und Nordamerika viel zu wenig eng zusammenarbeiten würden, wie es dringend notwendig gewesen wäre. Wenigstens war dies damals die Meinung, was sich offenbar bis heute erhalten hat, folgedem immer wieder geheime Beschlüsse erdacht und gefasst werden, die sich unter anderem auch gegen Russland richten. Und da alles geheim ist, ranken sich um die «Bilderberger» natürlich auch diverse Verschwörungstheorien.)

*«Es ist nicht zu leugnen, dass die Ziele der Bilderberger eines Grosseuropas, das dem der Nationalsozialisten sehr ähnlich sieht, und es ist tatsächlich so, dass es sich um eine Vereinigung von Faschisten handelt, die als Ziel haben: Ein Volk, ein Reich, eine Führung, eine Währung. Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern es ist belegt.»*

Mit NAZIS meine ich nicht Deutsche und mit Faschisten nicht Italiener, denn die gab und gibt es in allen Ländern Europas und ausserhalb. Diese Ideologien haben auch nichts mit den Äusserlichkeiten zu tun wie dem gehobenen rechten Arm zum Gruss, braunen oder schwarzen Uniformen und dem Stechschritt, sondern mit einer autoritären, antidemokratischen und kriegerischen Denkweise.

Statt Europa auf die harte Tour mit der Wehrmacht zu erobern und zu beherrschen, haben die NAZIS nach dem verlorenen Krieg entschieden, es diesmal auf die sanfte Tour zu machen, über die europäischen Institutionen. Kommt auf dasselbe raus, denn ein Land nach dem anderen wurde wirtschaftlich erobert, hat seine Souveränität nach Brüssel abgegeben und wird zentral regiert; von einer «Führung», die niemand gewählt hat und niemand wählen kann.

Zu behaupten, die EU sei demokratisch und ein demokratisches Konstrukt, ist die grösste Lüge überhaupt, denn die EU-Bürger können nichts bestimmen, NICHTS, einfach rein GAR NICHTS! Alle Entscheidungen werden über ihre Köpfe hinweg gefällt. Also ist die EU faktisch eine faschistische DIKTATUR, die sich den Mantel der Demokratie nur zum Schein umgehängt hat.

Wieso habe ich jetzt so lange ausgeholt? Um den Hintergrund zu erklären und weil die Bilderberger auch «Königsmacher» sind, wie ich mehrmals aufgezeigt habe. Sie bestimmen, wer Präsident oder Kanzler wird. Eine sogenannte «Wahl» ist nur ein Theater, damit die gehirngewaschenen EU-Bürger glauben, sie hätten eine Wahl und könnten entscheiden, wer sie regiert. KÖNNEN SIE NICHT!

Es ist überhaupt kein Zufall, dass eher unbekannte Politiker zu den Bilderberg-Treffen eingeladen werden, wo sie sich vorstellen und dann den «Segen» der Gruppe bekommen, um dann innerhalb weniger Jahre ganz oben an der Regierungsspitze zu landen. So geschehen mit Margaret Thatcher, Helmut Kohl, Bill Clinton, Angela Merkel, Barrack Obama, David Cameron, Mark Rutte, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ausnahmen bestätigen die Regel. Denn die Bilderberger hatten Hillary Clinton als US-Präsidentin bestimmt und die Propaganda, die für sie in den Medien gelaufen ist, war sagenhaft. Die Wahlprognosen waren alle zu über 90 Prozent für Hillary und die Elite glaubte ganz fest an den Sieg ihres Stallpferdes. Aber vor lauter Arroganz und Selbstsicherheit hatten sie gar nicht gemerkt, dass Donald Trump am Schluss vorne lag.

Na ja, diesen Fehler haben sie sofort korrigiert und Trump gleich nach der Amtseinführung umgedreht, nämlich ihn eindringlich an das «Kennedy-Schicksal» erinnert. Lest John Perkins Buch «Bekenntnisse eines Economic Hit Man», worin er beschreibt, was einem Präsidenten nach der Amtseinführung passiert, damit er spürt. Deshalb ist von Trumps Wahlversprechen nicht viel übrig, und er gehört jetzt auch zu ihnen.

Das bringt mich zur aktuellen Entscheidung und Frage (lach), wer wird der nächste Präsident Frankreichs? Ganz sicher nicht Marine Le Pen. Warum nicht? Weil die Bilderberger 2014 Emmanuel Macron dazu bestimmt haben. Er war in Kopenhagen beim Bilderberg-Treffen dabei und hat dort die «Weihe» bekommen. Seitdem haben die französischen Medien ihn ständig als zukünftigen Präsidenten aufgebaut.

Es kann auch kein «Fehler» passieren wie mit Trump oder dem Brexit und Le Pen trotzdem Präsidentin werden, denn dann hätte sie beim ersten Wahlgang als Erste dastehen müssen. So ist sie Zweite und damit ist das Rennen bei der kommenden Stichwahl am 7. Mai gelaufen. Diesmal gewinnt der Kandidat der Bilderberger, das stellen sie sicher.

Wenn man Macron genau analysiert, dann ist er nur eine leere Sprechpuppe, ein von der Elite durch Public Relations geschaffenes Produkt, eine projizierte Holographie, ohne wirklichen Inhalt ... so wie Obama. Deshalb hat ihn Obama vor dem ersten Wahlgang auch mit dem Wissen angerufen, dass Macron Frankreich in der EU halten wird, in einer Linie mit Obamas Vision der globalen Politik.

Das Clevere der Strippenzieher im Hintergrund war, die Franzosen glauben zu lassen, Macron sei etwas Neues – ein frischer Wind der Veränderung. Nichts könnte weiter davon entfernt sein. Er wird die Politik der Bilderberger in ihrem Sinne weiter umsetzen. Aber nicht nur ihre, sondern auch die von Rothschild, dem wirklichen Chef von Frankreich. Nicht umsonst hat er für die Rothschild Bank gearbeitet und wurde dort dressiert.

Die althergebrachten Parteien haben in den Augen der Franzosen völlig abgewirtschaftet, deshalb haben sie ein so schlechtes Resultat eingefahren. Der Kandidat der sozialistischen Partei des amtierenden Präsidenten François

Hollande hat nur 6,4 Prozent Stimmen bekommen, eine Abstrafung der bisherigen Politik, die deutlicher nicht sein könnte. Das hat die Elite vorhergesehen, also haben sie mit Macron eine neue Bewegung gegründet, die «En marche!» oder auf Deutsch «Vorwärts Marsch!» heisst.

Geschickt eingefädelt – dabei ist absolut nichts Neues an dieser Bewegung. Es ist nur der alte Inhalt (EU-Diktatur und Globalisierung) in neuer Verpackung. Macron hat auch sein Parteiprogramm nicht wirklich erklärt, sondern nur Clichés von sich gegeben. Wie konnte diese Bewegung so schnell – innerhalb von nur EINEM Jahr – so «erfolgreich» sein, dass ihr Kandidat bei der allerersten Wahl schon die meisten Stimmen bekam?

Die Bewegung «En Marche» wurde erst am 6. April 2016 von Macron gegründet und voilà schon ist er Präsident???

Wer soll glauben, dass das mit rechten Dingen zugeht?

Woher kam die Finanzierung? Dumme Frage. Als ob es bei den Bilderbergern und Rothschilds jemals eine Frage des Geldes wäre. Das steht für ihr Programm unbegrenzt zur Verfügung. Auch damit die Medien ihn als «Outsider» hinstellen, also jemand, der nicht zum Establishment gehört. Eine volle Täuschung, denn er ist ein Insider, wie er schlimmer nicht sein könnte. Er absolvierte die Kaderschule der Elite, die École nationale d'administration (ENA), also gehört er voll dazu.

Eine ganz wichtige Rolle in der Täuschung der Franzosen spielt dabei Michèle Marchand (70), besser bekannt als Mimi Marchand, Chefin von Bestimage, einer der drei grössten Fotoagenturen Frankreichs, spezialisiert auf Promis und Skandale. Deshalb auch «Paparazzi-Stall» genannt. Sie ist die Kommunikationsberaterin von Macron und hat sein Image aufgebaut.

Als vergangenen Sommer das Gerücht kreiste, Macron sei schwul, hat Mimi eine Medienkampagne gestartet, die Emmanuel und Brigitte Macron als liebendes Ehepaar darstellte. Küsschen hier und Händchenhalten dort, wie wenn es eine echte Beziehung wäre und der Altersunterschied von 25 Jahren keine Rolle spiele.

Ein schwuler Politiker zu sein ist an sich nichts Verwerfliches, solange man es zugibt und die Wähler es wissen. Was verwerflich ist, ist diese Tatsache zu verheimlichen versuchen, indem so getan wird, als ob es sich bei der Beziehung zwischen der Lehrerin und ihrem Schüler um etwas Normales handle.

Ums Kinderkriegen geht es sicher nicht, denn Brigitte war schon lange in den Wechseljahren als sie geheiratet haben. Mimis Aufgabe war es, für die Franzosen akzeptabel zu machen, dass dieses Paar in den Élysée-Palast einziehen kann. Deshalb wurden sogar bereits Aufnahmen mit den beiden in den Räumlichkeiten des Palastes gemacht und in den Medien veröffentlicht.

Das gehört alles zur Konditionierung und mentalen Manipulation des Publikums. Das ganze Machtsystem des Geldes steht hinter Macron, und er ist sein Kandidat, den es vor Jahren ausgewählt und aufgebaut hat. Seine Aufgabe ist es, die Politik der EU-Turbos und der Globalisten fortzusetzen, einschliesslich militärischer Interventionen der NATO.

Marine Le Pen ist genau das Gegenteil von Macron und hat deshalb keine Chance, Präsidentin zu werden. Mit ihr würde Frankreich seine Souveränität und Unabhängigkeit zurückgewinnen und sich von der Diktatur Brüssels befreien. Das darf nicht passieren, dafür sorgen die Bilderberger und Rothschild.

Auch der Chef von Bilderberg ist ein Franzose, Henri de La Croix de Castries, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des französischen Versicherungskonzerns AXA. Er sorgt sicher auch dafür, dass ihr Kandidat das Rennen gewinnt. Die streikenden Arbeiter der Whirlpool-Fabrik in Amiens haben Le Pen am Mittwoch zugejubelt und Macron ausgepiffen, als beide das Werk besuchten, das vor einer Schliessung steht. Amiens ist die Heimatstadt von Macron, wo er aber sehr unfreundlich empfangen wurde, weil 286 Arbeitsplätze verlorengehen. Typisch, laut Globalisten werden die Arbeitsplätze in Frankreich vernichtet und dafür in Polen geschaffen, wo die Personalkosten tiefer liegen. Die Arbeiter wissen, Macron vertritt die Interessen der internationalen Banker und globalen Konzerne, Le Pen aber die Interessen Frankreichs und der französischen Werktätigen.

Laut einer ersten Umfrage von Sonntagabend nach dem ersten Wahlgang lag Macron mit 62 Prozent klar vor Le Pen mit 38 Prozent. Mal beobachten, ob sich diese Stimmung bis zum 7. Mai noch ändert.

Der Gestank des Wahlbetrugs liegt bereits in der Luft, denn um sicherzugehen, dass Macron gewinnt, hat die französische Bürokratie mehreren hunderttausend Auslands-Franzosen zwei Wahlzettel anstatt einem zugeschickt. Wie das Resultat des ersten Wahlgangs gezeigt hat, stimmten die meisten im Ausland lebenden Franzosen für Macron. Jetzt können sie es zweimal tun!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/04/emmanuel-macron-der-bilderberg-und.html#ixzz4fWFizlWJ>



## Russische Experten: USA kaufen Blogger gegen Russland, geben riesige Summen für Propaganda in sozialen Netzwerken aus

*Sputnik; Di, 18 Apr 2017 17:06 UTC*

*Russische Experten haben bei einer Anhörung in der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) die Staatsstrukturen der USA beschuldigt, soziale Netzwerke und Blogger für Propagandakriege gegen Russland und andere unliebsame Länder zu instrumentalisieren.*

Im Mittelpunkt der Anhörung, die der Ausschuss für Informationspolitik der Duma organisiert hatte, stand die mutmassliche Einmischung der US-Staatssender «Voice of America» und «Radio Liberty» sowie des Nachrichtensenders CNN in russische Wahlen.

Sergej Sudakow, Amerika-Experte und Professor an der Moskauer Akademie für Militärwissenschaften, beschuldigte das Rundfunkdirektorium der US-Regierung BBG (Broadcasting Board of Governors), gekaufte Blogger für Anti-Russland-Propaganda einzusetzen.

Diese Organisation (BBG) verwende ihre ganze Finanzierung, die sie regelmässig vom US-Kongress bekomme, «ausschliesslich für Propaganda gegen Russland», sagte Sudakow am Dienstag. Dafür kaufe sie in den letzten Jahren Blogger ein. Der Experte bezeichnete die Qualität der US-Propaganda als sehr hoch: «Sie waschen sehr gekonnt die Gehirne.» Dabei würden die sozialen Medien immer stärker in Anspruch genommen.

Nach Sudakows Angaben stecken westliche Medien «Hunderte von Millionen Dollar» in den Informationskrieg. Russland habe diese Möglichkeiten nicht, könnte jedoch auf Social Media setzen, «um unter den Jugendlichen westlicher Staaten eine eigene Agenda zu bilden».

Alexej Muchin, Leiter des Moskauer Zentrums für politische Informationen, verwies seinerseits auf eine «heftige Zensur» in den amerikanischen sozialen Netzwerken.

«Die sozialen Netzwerke werden im Interesse der USA stark zensiert», sagte Muchin. Nach seinen Angaben werden «Google und Facebook sehr stark von Staatsstrukturen der USA bearbeitet». Mit Hilfe spezieller Software würden laut Muchin positive Inhalte über Länder wegfiltriert, «die von den USA als Ziel für eine negative Beeinflussung bestimmt wurden.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/29165-Russische-Experten-USA-kauft-Blogger-gegen-Russland-gibt-riesige-Summen-fur-Propaganda-in-sozialen-Netzwerken-aus>

## Die Buntheit, die sie meinen: Die Demografie-Lüge

*25. April 2017 Standpunkte*

Mit verschiedenen Narrativen – mit sinnstiftenden Erzählmotiven – wird versucht, über Medien und Politik eine positive Stimmung für Masseneinwanderung in der Bevölkerung zu schaffen. Mit der Serie «Die Buntheit, die sie meinen» wird jede Woche eine dieser Lügen aufgegriffen und kritisch betrachtet.

### Heute: Die Demografie-Lüge.

*Ein Kommentar von Siegfried Waschnig*

Mit der Verwendung der Demografie-Lüge werden Ängste im Zusammenhang mit steigender Lebenserwartung, immer weniger geborenen Kindern und einer alternden und schrumpfenden Gesamtbevölkerung geschürt. Die Demografie-Lüge möchte uns glauben lassen, dass wenn die Geburtenrate nach unten geht, nur durch Zuwanderung Abhilfe geschaffen werden kann. Eine alternde Bevölkerung bedeutet in Zukunft auch höhere Staatsausgaben für Renten und ein Mehrbedarf an Pflegepersonal, das sich um unsere Alten kümmert. Viele Menschen aus der ganzen Welt stünden bereit, um so die entstandenen Lücken zu schliessen.

### Höhere Lebenserwartung – höhere Kosten

Wenn wir von einer Lebenserwartung von 90 Jahren ausgehen – was beim jetzigen medizinischen Standard durchaus realistisch ist –, 20 Jahre für Ausbildung einplanen und die Menschen 25 Jahre als Rentner leben wollen, dann verbleibt (theoretisch) eine Lebensarbeitszeit von 45 Jahren für jeden Menschen. Das läuft darauf hinaus, dass jeder Arbeiter einen Nicht-Arbeiter ernähren muss. Jede Arbeitskraft kann also selbst maximal 50% davon konsumieren, was sie erwirtschaftet hat und muss den Rest der Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

### Verjüngung durch Zuwanderung ist der falsche Ansatz

Etablierte Politik will dieses Problem lösen, indem sie mehr Arbeiter ins Land holt, um unter ihnen die Verantwortung für die Versorgung der Alten aufzuteilen. Dazu braucht es aber Arbeitsplätze und – in einem Land mit

hohem technischen Standard – qualifizierte Zuwanderer, die diese Arbeitsplätze sinnvoll ausfüllen. Doch momentan gibt es weder die notwendigen Jobs, noch die qualifizierten Arbeiter. Um die Idee der «schliessenden Lücke durch Zuwanderung» umzusetzen, braucht es Jahrzehnte, da die Zuwanderer erst auf das notwendige Niveau gebracht werden müssen, um überhaupt dafür in Frage zu kommen. Diesen Sachverhalt vergessen die Etablierten oft bei ihrem Vorschlag zu erwähnen. Doch die Herausforderung der Überalterung lässt sich auch anders lösen.

### Es geht auch anders

Die Lösung des Problems liegt in der Steigerung der Arbeitsproduktivität. In Agrargesellschaften werden 80 Arbeiter benötigt um 100 Menschen zu versorgen. In modernen Landwirtschaften ernährt aber auf Grund der höheren Arbeitsproduktivität eine Arbeitskraft 100 Personen. Das heisst, die Menge der erzeugten Güter muss bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz zunehmen, will man auf die sinkende Geburtenrate ohne Zuwanderung reagieren. Um die Arbeitsproduktivität zu steigern, ist aber technischer Fortschritt und hohe Qualifizierung der Arbeitskräfte notwendig. Genau diese Entwicklung passiert momentan in den Industrieländern. Dort tendieren die Menschen dazu, immer weniger Kinder zu bekommen, diese dafür aber besser auszubilden zu lassen, und auf Grund der voranschreitenden Technik werden immer mehr Arbeiten von Maschinen erledigt.

### Geburtenrückgang stellt keine Gefahr dar

Eine schrumpfende Bevölkerung stellt nicht unmittelbar eine Bedrohung oder ein Problem dar – im Gegenteil. Die Weltbevölkerung steuert im 21. Jahrhundert auf 11 bis 12 Milliarden Menschen zu. Das stellt die Weltgemeinschaft vor grosse Herausforderungen, die die medizinische und grundlegende Versorgung der Menschen weltweit betreffen. Zusätzlich ist in Zukunft mit weiteren Migrationsbewegungen zu rechnen, die sich auf klimatischen Veränderungen zurückführen lassen. All das spricht für weniger Menschen auf unserem Planeten. Der Geburtenrückgang in Europa kann durchaus als Angleichung an diese Entwicklung gesehen werden. Europa passt sich an.

### Migration belastet auch das Ökosystem

In Afrika und den muslimischen Ländern findet diese Anpassung noch nicht statt. Obwohl sich auch in diesen Gegenden die Belastungen der Überbevölkerung bemerkbar machen, scheint dort die Annahme vorzuherrschen, «der Westen» biete genügend Platz, um den Druck aus den belasteten Gebieten zu nehmen. Im Westen scheint die Welt in Ordnung, die notwendigen Ressourcen vorhanden und ein besseres Leben möglich. Dass diese Kapazitäten aber nur für einen Bruchteil der Betroffenen in den anders entwickelten Ländern Afrikas und der muslimischen Welt ausreichen, scheint sich aber noch nicht herumgesprochen zu haben. Gleichzeitig ist zu bedenken, dass der «ökologische Fussabdruck» eines Menschen in Europa grösser ist als der eines Menschen in Afrika. Für den westlichen Lebensstandard wird mehr Energie verbraucht und mehr Müll produziert als im Rest der Welt. Migration in westliche Länder führt daher auch zu einer überproportional höheren ökologischen Belastung.

### Export von Geburtenüberschuss

Die Herausforderung einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung ist global betrachtet kein Problem. Die finanziellen Herausforderungen zur Absicherung der Rente liessen sich durch höhere Produktivität steigern, die aber gut ausgebildete Menschen erfordert. Dieser Prozess ist in Europa bereits im Gange, wird aber durch Migration aufgehalten. Gleichzeitig fühlen sich Menschen in Gebieten wie Afrika und der muslimischen Welt weniger motiviert, ihre Geburtenrate anzupassen, wenn sie die Möglichkeit haben, ihren «Menschenüberschuss» nach Europa zu exportieren.

### Neue Denkansätze

Migration löst weder die Ursachen der weltweiten Wanderbewegungen, hilft nur sehr kurzfristig einem Bruchteil der Betroffenen und ist ressourcenbedingt gar nicht in der Lage, die Armut in der Welt zu lindern. Nur neue und vernünftige Denkansätze – frei von Ideologie – können diese Herausforderungen lösen. Etablierte Politik gehört nicht dazu. Auch wenn sie nach ihrem Versagen immer wieder andere Köpfe in den Vordergrund stellt und so Veränderung suggeriert.

*Siegfried Waschnig ist Doktorand im Fach Philosophie, parlamentarischer Mitarbeiter, Vater von fünf Kindern. Er hält die Debatte über Kultur, Heimat und Zuwanderung nur auf Vernunftebene lösbar.*

*Literaturhinweis: Siefert, Rolf Peter: Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung. Waltrop/Berlin: Manuscriptum 2017.*

*Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/04/25/die-buntheit-die-sie-meinen-die-demografie-luege/>*

## Lage für Reporter weltweit verschlechtert – Auch in Deutschland werden Journalisten eingeschüchtert

*Epoch Times; Aktualisiert: 26. April 2017 7:33*

Freier Journalismus in Gefahr: In Ländern wie den USA, Polen oder Grossbritannien würden Spitzenpolitiker ihre Geringschätzung gegenüber Journalisten offen zur Schau tragen, kritisierte die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG). Aber auch in Deutschland gibt es Repressionen gegenüber unabhängigen Journalisten.

Die Lage für Journalisten hat sich nach Einschätzung der Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) weltweit verschlechtert – auch durch medienfeindliche Ausfälle führender Politiker in westlichen Demokratien.

In Ländern wie den USA, Polen oder Grossbritannien würden Spitzenpolitiker ihre Geringschätzung gegenüber Journalisten offen zur Schau tragen, kritisierte die Organisation am Mittwoch bei der Vorstellung ihrer Rangliste der Pressefreiheit 2017. Repressionen gegen Journalisten prangerte ROG insbesondere in Ländern wie Ägypten, der Türkei, Burundi, Syrien, Libyen oder dem Jemen an.

In der Türkei habe sich die Lage für Journalisten und Medien wegen der «bespiellosen Repressionswelle seit dem Putschversuch im vergangenen Sommer erneut verschlechtert», stellte die Organisation fest. Tödlichen Gefahren seien Journalisten nach wie vor in Kriegs- und Krisenländern wie Syrien oder Libyen ausgesetzt.

ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske prangerte aber auch die Veränderungen in den westlichen Demokratien an: «Besonders erschreckend ist, dass auch Demokratien immer stärker unabhängige Medien und Journalisten einschränken, anstatt die Pressefreiheit als Grundwert hochzuhalten.»

Er betonte: «Demokratische Regierungen dürfen den Autokraten der Welt durch Überwachungsgesetze oder demonstrative Geringschätzung unabhängiger Medien keinen Vorwand für ihre Repression gegen Journalisten liefern.»

Dem Bericht zufolge hat sich die Lage für Journalisten in knapp zwei Dritteln der 180 Länder verschlechtert. Untersucht wurde vor allem das Jahr 2016. Der Rangliste zufolge rutschte die Türkei erneut um vier Plätze ab und liegt jetzt auf Rang 155. ROG erinnerte daran, dass dort etwa 150 Journalisten im Gefängnis sitzen und etwa 150 Medien geschlossen wurden. Russland landete auf Platz 148, Ägypten auf Platz 161. In China (unverändert Rang 176) sitzen demnach rund hundert Medienschaffende im Gefängnis.

Die besten Plätze nehmen Norwegen, Schweden und dann Finnland ein. Deutschland kam unverändert auf Platz 16. ROG kritisierte jedoch, dass es hierzulande erneut «erschreckend viele tätliche Angriffe, Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen Journalisten» gegeben habe. Auf den letzten Platz der Rangliste rückte Nordkorea, so dass Eritrea erstmals seit zehn Jahren nicht mehr das Schlusslicht bildet. Das Land steht nun hinter Turkmenistan an vorletzter Stelle. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/lage-fuer-reporter-weltweit-verschlechtert-auch-in-deutschland-werden-journalisten-ingeschuechtert-a2104373.html>

### Emmanuel Macron:

#### «Schimmernder Hoffnungsträger» vor allem für die elitären Blutsauger

*RT Deutsch; Di, 25 Apr 2017 16:39 UTC*



© Reuters / Christian Hartmann

*Auf ihm ruhen die Hoffnungen vieler junger Wähler. Doch paradoxerweise auch die vieler führender Köpfe aus dem jetzigen Polit-Establishment in Frankreich und Europa: Emmanuel Macron.*

*Die Analysen der ersten Wahlrunde belegen, dass die Franzosen einen radikalen politischen Wandel wollen. Das etablierte Parteiensystem ist vorerst fertig. Macron soll diesen Wandel bringen. Doch die Reaktionen der Alteingesessenen lassen nichts Gutes erahnen.*

«Ilsebill saltzte nach» – eine Jury krönte diesen Satz 2007 zum schönsten ersten Satz in der deutschen Literatur.

Der Satz steht am Beginn des Romans ›Der Butt‹ von Günther Grass. Ausgangspunkt der Handlung ist das Märchen ›Vom Fischer und seiner Frau‹ von Philipp Otto Runge. Nahezu märchenhaft ist auch der Aufstieg des politischen Jungstars Emmanuel Macron. Doch vermutlich würde der Einleitungssatz für einen darauf gemünzten Roman hier anders lauten. Ein Vorschlag wäre: Jean-Claude griff zum Telefonhörer.

So geschehen am Sonntagabend, als der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker kurzerhand bei Emmanuel Macron anrief, um ihm zum Sieg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen zu gratulieren. **Lange galt in Brüssel die Regel, dass man sich aus Wahlen und Wahlkämpfen in Mitgliedsstaaten heraushält.** Doch die Erleichterung muss gross gewesen sein bei Juncker. Macron repräsentiere die Werte, für die Europa stehe, liess sein Sprecher verlauten. Es gehe um die Wahl zwischen der Verteidigung dessen, wofür Europa steht, und einer anderen Option, die danach trachtet, Europa zu zerstören.

Starker Tobak. Eigentlich ist der Kommissionspräsident in solchen Angelegenheiten zur Unparteilichkeit verpflichtet. **Doch der junge Hoffnungsträger Macron scheint für diejenigen, die in Europa ein ›Weiter so‹ bevorzugen, der letzte Strohalm zu sein.** Auch die unterlegenen Kandidaten, Benoît Hamon von den Sozialisten und François Fillon von den Konservativen, sprachen sich noch während der Wahlnacht für Macron aus.

**Auch alle anderen Politiker der etablierten Parteien möchten nun Macron unterstützt sehen.** Einzige Ausnahme: Jean-Luc Mélenchon. Der überraschend knapp gescheiterte Kandidat der Linken gab keine Empfehlung ab und überlässt es seinen Wählern, zu entscheiden, wen sie nun unterstützen möchten.

Macron ist zwar der eindeutige Favorit für die zweite Wahlrunde, doch sein Image als Erneuerer kauft ihm nicht jeder ab. Er ist keineswegs ein Kaspar Hauser, der plötzlich aus dem Nichts auftauchte, sondern vielmehr ein Kind des französischen Politbetriebs. Er sagt von sich, dass er ›weder rechts noch links‹ sei. Für kurze Zeit war Macron Mitglied der Sozialistischen Partei von Präsident François Hollande. Im Jahr 2009 trat er wieder aus der Partei aus und gründete anschliessend die Bewegung ›En Marche!‹, zu Deutsch in etwa ›Auf dem Vormarsch!‹. ›En Marche!‹ sieht sich als progressive sozialliberale Bewegung, ist aber keine Partei.

Doch um vernünftig regieren zu können, braucht Macron auch Parlamentssitze. Spätestens bei den Parlamentswahlen im Juni droht eine Pattsituation zwischen Präsident und Parlament. Auch der Front National, bisher nur zwei Sitze stark, könnte 40 Mandate holen, heisst es. Der 39-jährige Macron gibt sich als leidenschaftlicher, bekennender Europäer: «Ich habe Europa im Herzen», lautet einer seiner meistzitierten Wahlkampfprüche. Statt auf Konfrontationskurs mit der EU zu gehen, spricht er sich für eine Zusammenarbeit aus, auch und gerade mit Deutschland. Darüber hinaus verspricht er, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Frankreich zum Mittelpunkt seiner Politik zu machen. Die Arbeitslosenquote in Frankreich liegt bei fast zehn Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit gar bei annähernd 24 Prozent.

Um diese Probleme zu lösen, möchte Macron unter anderem Arbeitgeber bestrafen, die zu viele befristete Arbeitsverträge abschliessen, sowie die grossen Unterschiede zwischen Pensionen im öffentlichen Dienst und Renten in der Privatwirtschaft angleichen. Sollte sich Macron am 7. Mai durchsetzen, soll ein grosser Teil seines Kabinetts aus Personen bestehen, die nicht aus der Politik kommen. Er kündigte eine ›Erneuerung der Gesichter‹ an. Macron selbst hat zwar nie zuvor für ein politisches Mandat kandidiert, ist in der Politik und in der Wirtschaft aber keineswegs ein unbeschriebenes Blatt.

Der Sohn zweier Ärzte besuchte Eliteschulen und spielte Klavier. Nach dem Studium machte er in der Wirtschaft schnell Karriere. **So war er bis 2012 gut bezahlter Investmentbanker im Traditionsbankhaus Rothschild & Cie.** Danach holte ihn der glücklose Präsident François Hollande als Berater für Wirtschaft und Finanzen ins Kabinett. **In dieser Funktion besuchte er auch zusammen mit dem Präsidenten das Bilderbergertreffen 2014 in Kopenhagen. Im Sommer 2014 machte ihn Hollande dann zum Wirtschaftsminister. Sehr schnell avancierte Macron zum beliebtesten Mitglied der französischen Regierung.**

Und schon in seiner Zeit als Wirtschaftsminister forderte er mehrfach einen gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzminister für die Europäische Union. Zudem setzt sich Macron dafür ein, dass die Eurozone ein eigenes Budget für Investitionen erhält. Auch plädierte er schon mehrfach für Eurobonds. Ob Berlin bei diesen Plänen allerdings einfach so mitspielen würde, ist mehr als zweifelhaft. Zuerst müsste sich Macron vor allem um das enorme Haushaltsdefizit Frankreichs kümmern – das wird schwer genug.

Macron ist mit der 24 Jahre älteren Brigitte Trougneux verheiratet. Trougneux war seine Französischlehrerin. Sie war offenbar von Macrons Gedichten, aber auch von seiner Persönlichkeit fasziniert und verliess für Macron ihren Mann. Seit 2007 sind Macron und Trougneux verheiratet. Doch so sehr Macrons Stern im Moment auch glänzt – **es gibt nicht wenige, die in ihm eher einen Vertreter der Grossfinanz sehen als den Mann, der Frankreich geschlossen in eine bessere Zukunft führt.**

Das Misstrauen gegen die Finanzbranche ist in Frankreich stark ausgeprägt. Macron hat deswegen mit seiner



Glaubwürdigkeit zu kämpfen. Er sagt zwar von sich, dass er «nicht 1000 Euro am Tag» ausgabe, **aber den Stallgeruch des ehemaligen Bankers wird er nur schwer wieder los.** Und ab und an bricht aus ihm doch wieder der Eliteschüler durch. Gewerkschaftlern, die ihn auf der Strasse auf seine Massanzüge ansprachen, entgegnete er: «Die beste Art, sich einen Anzug zu leisten, ist zu arbeiten.»

Auch seine Sprache wirkt mitunter wie aus einem Seminar für Unternehmensberater. Auf seinen Ehrgeiz angesprochen, antwortet er gerne schon mal: «Sky is the limit.»

Hinzukommt, dass er sich der Unterstützung weiterer Teile der Geldelite in Frankreich sicher sein kann. Zu seinen Unterstützern zählen unter anderem so gewichtige Unternehmer wie der milliardenschwere Internetpionier Xavier Niel, der auch gleichzeitig Grossaktionär der linksliberalen Zeitung «Le Monde» ist. Einige der Manager von Macrons Wahlkampf stammen wiederum aus den Firmen des ebenfalls milliardenschweren Unternehmers Patrick Drahi.

Drahi besitzt auch Anteile am linksliberalen Blatt «Libération» sowie an den Zeitschriften «L'Express» und «L'Expansion». Und last but not least: **Auch der zehntreichste Mann der Welt, Bernard Arnault, wird zum Macron-Lager gezählt.** Er gilt laut Presseberichten als Finanzier von Macron. Die Ehefrau Macrons war die Französischlehrerin seiner beiden Söhne Frédéric und Jean. So viel Nähe zur Wirtschaft bietet natürlich eine Angriffsfläche für seine Gegner.

Es ist davon auszugehen, dass Marine Le Pen in den nun folgenden zwei Wochen vor der Stichwahl vor allem die Establishment-Karte im Zusammenhang mit Macron spielen wird. Die Programme der französischen Präsidentschaftsfinalisten unterscheiden sich insgesamt stark voneinander.

Hier ein Vergleich in einigen wichtigen Punkten:

#### **EINWANDERUNG**

Le Pen: Die Rechtskonservative will die Einwanderung drastisch einschränken und die Bedingungen für ein Asylrecht verschärfen. Wer illegal nach Frankreich kommt, soll keine Chance auf Legalisierung und Staatsbürgerschaft haben.

Macron: Er will lokale Integrationsprogramme schaffen. Am aktuellen Flüchtlingskurs will er festhalten. Asylanträge sollen in höchstens sechs Monaten bearbeitet werden.

#### **EUROPA:**

Le Pen: Sie will die Euro-Währung verlassen und raus aus dem Schengen-Raum für Reisen ohne Grenzkontrollen. Ausserdem verspricht sie ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Frankreichs.

Macron: Der Ex-Wirtschaftsminister will die Eurozone in einer engen Partnerschaft mit Deutschland reformieren. Die Eurozone soll einen eigenen Haushalt, ein Parlament und einen Finanzminister bekommen.

#### **SICHERHEIT:**

Le Pen: Ausweisung von ausländischen Straftätern und Menschen, die von Behörden als islamistische Gefährder eingestuft werden. Sie plant die Einstellung von 15 000 Polizisten und 40 000 neue Gefängnisplätze.

Macron: Er will 10 000 neue Polizisten einstellen und 15 000 Gefängnisplätze schaffen. Er will die Arbeit der Geheimdienste im Kampf gegen die Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS; Anm. Islamistischer Staat) bündeln.

#### **WIRTSCHAFTS-, SOZIAL- UND FINANZPOLITIK:**

Le Pen: Sie will zur Rente mit 60 statt 62 zurückkehren und weniger Steuern für Geringverdiener. Produkte von Firmen, die Fabriken ins Ausland verlagern, sollen mit 35 Prozent besteuert werden.

Macron: Der Ex-Wirtschaftsminister will das Land wettbewerbsfähiger machen, 120 000 Stellen im öffentlichen Dienst abbauen und in fünf Jahren 60 Milliarden Euro einsparen. (rt deutsch/dpa)

Quelle: <https://de.sott.net/article/29255-Emmanuel-Macron-Schimmernder-Hoffnungstrager-vor-allem-fur-die-elitaren-Blut-sauger>

## **Verrohung in Schweden:**

### **Täter der Live-Vergewaltigung auf Facebook bekommen extrem milde Strafen**

*RT Deutsch; Di, 25 Apr 2017 18:04 UTC*

*Alle drei verdächtigen Männer zu der auf Facebook live übertragenen Vergewaltigung wurden zu Haftstrafen unter drei Jahren verurteilt, das Urteil fiel jedoch milde aus. Zwei Täter (18 und 21) wurden wegen Vergewaltigung verurteilt und ein 24-Jähriger wegen Beihilfe zur Tat.*

Mehr als 60 000 Facebook-Nutzer hatten die Gewalttat mitverfolgt, die in einer Wohnung in Uppsala stattfand und mittels eines Facebook-Livestreams an die Öffentlichkeit getragen wurde. Drei junge Männer standen nun am Dienstag vor Gericht. Gegen einen 18-Jährigen und einen 21-Jährigen lautete die Anklage auf Vergewaltigung. Ein 24-Jähriger musste sich wegen Beihilfe zur Tat, Aufnahme des Verbrechens und Veröffentlichung des Materials auf Facebook verantworten.

### Gericht zeigt Milde – Bürger drohen mit Selbstjustiz

Die Polizei stoppte die Verbreitung des kriminellen Materials, aber zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Video schon verbreitet und war in zehn Sprachen übersetzt worden. Der schwedische Staatsanwalt Magnus Berggren gab bekannt, dass er sich für eine lange Haftstrafe einsetze. Dazu kam es jedoch nicht.

Ein weiterer 18-jähriger Verdächtiger wurde aus der Haft entlassen. Aufgrund zahlreicher Drohungen musste er Uppsala jedoch verlassen. Der Anwalt des 18-Jährigen äusserte gegenüber dem schwedischen «Aftonbladet» seine Empörung darüber, dass die Menschen nun lieber zur Selbstjustiz griffen und sein Mandant dadurch nicht mehr sicher sei.

Am Dienstag um 14 Uhr fällte das Gericht sein Urteil. Darin wurde der 18-Jährige zu einem Jahr Haft verurteilt, der 21-Jährige zu zwei Jahren und vier Monaten und der 24-Jährige zu sechs Monaten. Der Anwalt des 21-Jährigen ist sich sicher, dass sein Mandant wegen des Urteils in Berufung gehen wird, da seine Tatbeteiligung nicht bewiesen sei.

Im Jahr 2006 zählte Schweden 12 100 gemeldete Vergewaltigungsfälle, 2015 waren es bereits 18 000. Nach der Aussage des US-Präsidenten Donald Trump von vor einigen Wochen: «Seht her, was letzte Nacht in Schweden geschah», fiel dem kleinen nordischen Land ungewollte Aufmerksamkeit zu. Unliebsame Bilder von Krawallen erfuhren breitere öffentliche Aufmerksamkeit. Zudem erwachte das Interesse an der Statistik.

### Anstieg der Zahlen wegen Vergewaltigung in der Ehe?

Es folgte die Aussage: «Schweden ist die Vergewaltigungsmetropole der Welt.» Kritiker dieser Darstellung sehen die steigenden Zahlen in der Tatsache begründet, dass jede einzelne Vergewaltigung in Schweden als eine einzelne Gewalttat gezählt wird. Seit 1965 gilt Vergewaltigung in der Ehe in Schweden als ein Verbrechen.

Erst vor einigen Tagen machte ein US-Amerikaner Schlagzeilen, als er den Mord an einem älteren Mann live via Facebook übertrug. Für Facebook sind die Livestreams eine weitere wichtige Einnahmequelle, ein 24-Stunden Team soll verhindern, dass Gewaltvideos in Umlauf geraten, aber sie sind nicht in der Lage hier zu sondieren.

Quelle: <https://de.sott.net/article/29256-Verrohung-in-Schweden-Tater-der-Live-Vergewaltigung-auf-Facebook-bekommen-extrem-milde-Strafen>

## Neues Miller-Urey-Experiment erzeugt Aminosäuren und RNA-Bausteine

*Andreas Müller; Grenzwissenschaft aktuell; Mi, 12 Apr 2017 17:34 UTC*

*Prag (Tschechische Republik) – Durch die Simulation der Bedingungen auf der jungen Erde konnten tschechische und französische Wissenschaftler zeigen, dass elektrische Entladungen oder aber eine mittels eines Lasers erzeugte Schockwelle in der auch als «Ursuppe» bezeichneten Mischung anorganischer einfacher chemischer Substanzen der frühen Erde alle für das Leben notwendigen Biomoleküle der RNA und eine Aminosäure entstehen liessen.*

Schon vor rund 60 Jahren konnten Stanley Miller und Harold Clayton Urey gemeinsam in dem nach ihnen benannten Miller-Urey-Experiment zwar nachweisen, dass unter den simulierten Bedingungen der Ur-Erde sich verschiedene Aminosäuren bilden können. Allerdings blieb das Experiment die Frage schuldig, ob dabei auch sogenannte RNA und damit der Vorläufer der DNA entstehen konnte.

Wie Forscher um Martin Ferus von der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Fabio Pietrucci von der Pariser Université Pierre et Marie Curie aktuell im Fachjournal «Proceedings of the National Academy of Sciences» (PNAS; DOI: 10.1073/pnas.1700010114) berichten, haben sie Ureys und Millers Ansatz erneut aufgegriffen, die Bedingungen auf der jungen Erde nachgestellt.

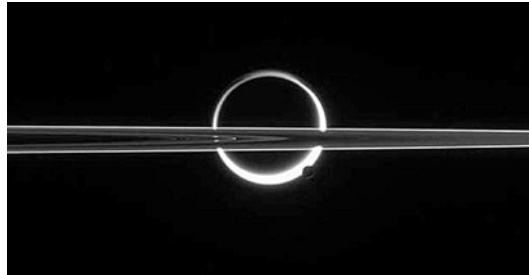
Durch die Dreingabe simulierter Blitze durch Elektrizität und einer mittels Laser erzeugten Schockwelle entstand in den aktuellen Experimenten innerhalb der «Ursuppe», also einer Ur-Atmosphäre aus Ammoniak, Kohlenmonoxid und Wasserdampf über einer simulierten Oberfläche aus Tonerden und Wasser dann tatsächlich mit vier der für die RNA notwendigen Bausteinen und einer Aminosäure sozusagen die Grundlage des heutigen irdischen Lebens – und das auch ohne die Hinzugabe zusätzlicher Katalysatoren oder exotischer Ausgangsstoffe.

Somit könnten neben Blitzen also auch Asteroiden und Kometen nicht nur die chemischen Bausteine und das Wasser selbst auf die junge Erde gebracht, sondern auch die notwendige Energie zur Entstehung der RNA geliefert haben.

Quelle: <https://de.sott.net/article/29092-Neues-Miller-Urey-Experiment-erzeugt-Aminosauern-und-RNA-Bausteine>

## Einzigartige Beobachtung: Saturnmond Titans Nachtseite strahlt heller als seine Tagseite

*Andreas Müller; Grenzwissenschaft aktuell; Sa, 29 Apr 2017 07:11 UTC*



© NASA/JPL/Space Science Institute

*Aufnahme der Cassini-Sonde von der beleuchteten Sichel des Titan mit Enceladus hinter den Ringen des Saturn.*

*Berlin (Deutschland) – Titan, der grösste aller Saturnmonde, verblüfft nicht nur aufgrund seiner erdartigen Eigenschaften wie einer dichten Atmosphäre, einem Flüssigkeitskreislauf mit Regen, Schnee, Flüssen und Meeren aus Kohlenwasserstoffen, verkehrt ausgerichteten Dünen und einem wahrscheinlich unter seiner Kruste verborgenen Wasserozean, auch Tag und Nacht erscheinen auf Titan gänzlich anders als auf den sonstigen Himmelskörpern unseres Sonnensystems. Die Entdeckung liefert auch interessante Perspektiven für die Suche nach ausserirdischem Leben ausserhalb des Sonnensystems.*

Wie Astrophysiker um Dr. Antonio García Muñoz vom Zentrum für Astronomie und Astrophysik an der Technischen Universität Berlin aktuell im Fachjournal *Nature Astronomy* (DOI: 10.1038/s41550-017-0114) zeigen, konnten sie bei Titan aufzeigen, dass die Nachtseite des zweitgrössten Mondes im Sonnensystem heller strahlt als seine von der Sonne beschienene Seite.

Insbesondere die Dämmerungszone an der Grenze zwischen Tag- und Nachtseite trage zur ausserordentlichen Helligkeit der Nachtseite bei und ist – das zeigen Modellberechnungen – bis zu 200-fach heller als die Tagseite.



© NASA

*Die Titanatmosphäre besteht aus vielen übereinanderliegenden Dunstschichten, die sich Hunderte von Kilometern hoch erstrecken: UV-Aufnahme von der Nachtseite aus (Cassini, 2004). Um nahezu natürliche Farben zu erreichen, wurde die Aufnahme nachkoloriert.*

Erklärt werden kann das sonderbare Verhalten des Lichts auf Titan durch dessen ausgedehnte Atmosphäre, innerhalb derer Dunstteilchen das Sonnenlicht zudem auf besonders effektive Art und Weise streuen: «Kein anderer Mond oder Planet im Sonnensystem zeigt ein ähnliches Verhalten», so die Forscher.

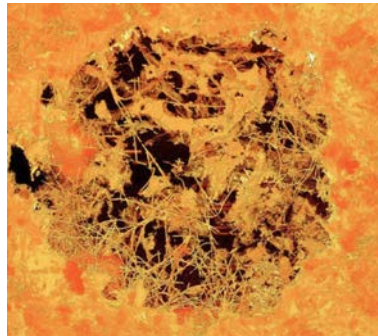
«Dies ist eine höchst interessante Perspektive auch für die Erforschung von Planeten ausserhalb unseres Sonnensystems, den Exoplaneten», bestätigt Prof. Dr. Heike Rauer vom TU-Zentrum für Astronomie und Astrophysik, die gleichzeitig Leiterin der Abteilung «Extrasolare Planeten und Atmosphären» am Deutschen Institut für

Planetenforschung (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) ist und in deren Arbeitsgruppe Muñoz forscht. Rauer beschäftigt sich mit der Modellierung der Atmosphären von Exoplaneten: «Würde man dieses Phänomen bei einem extrasolaren Planeten finden, könnte man dessen Atmosphäre genauer charakterisieren, etwa die atmosphärische Schichtung oder die Dunstglocke, die den Planeten umgibt.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/29300-Einzigartige-Beobachtung-Saturnmond-Titans-Nachtseite-strahlt-heller-als-seine-Tagseite>

## Bisherige Vorstellungen völlig auf den Kopf gestellt: Älteste Fossilien mehrzelligen Lebens entdeckt

Andreas Müller; Grenzwissenschaft aktuell; Di, 25 Apr 2017 16:37 UTC



© Stefan Bengtson, Swedish Museum of Natural History

Röntgenaufnahme der 2,4 Milliarden Jahre alten und 0,8 Millimeter durchmessenden versteinerten Gasblase mit darin eingeschlossenen Organismen.

Stockholm (Schweden) – Durch Zufall in Südafrika entdeckt, beinhalten versteinerte Gasblasen möglicherweise die bislang ältesten bekannten Fossilien mehrzelligen Lebens. Mit einem Alter von 2,4 Milliarden Jahren wären die Fossilien 1,2 Milliarden Jahre älter als die bisherigen Rekordhalter. Auch ihr einstiger Lebensraum widerspricht den bisherigen Vorstellungen von der Evolution des mehrzelligen Lebens auf der Erde.

Wie Forscher um Stefan Bengtson vom Naturhistoriska Riksmuseet in Schweden und Birger Rasmussen von der australischen Curtin University aktuell im Fachjournal *Nature Ecology & Evolution* (DOI: 10.1038/s41559-017-0141) berichten, wurden die versteinerten Gasblasen in 800 Meter Tiefe in der Ongeluk-Formation der südafrikanischen Cape Province entdeckt.

Mit einem Alter von 2,4 Milliarden Jahren handelt es sich also nicht nur um die bislang ältesten Fossilien mehrzelligen Lebens – auch ihr einstiger Lebensraum unterscheidet sich deutlich von den bisherigen Vorstellungen über die Entstehung und Evolution der darin vorgefundenen Pilze und mit ihnen letztendlich auch allen mehrzelligen Lebens, den sogenannten Eukaryoten, zu denen auch wir Menschen zählen. Die bislang ältesten Fossilien mehrzelligen Lebens waren 1,9 Milliarden Jahre alt.

Bislang gingen Wissenschaftler zudem davon aus, dass Pilze zu allererst an Land entstanden waren.

Die neuen Funde belegen nun aber nicht nur ein deutlich höheres Alter, sondern auch, dass diese Organismen in Spalten in vulkanischem Gestein unterhalb eines urzeitlichen Meeresbodens, in der sogenannten tiefen Biosphäre gediehen – und dies schon viele Millionen Jahre vor der sogenannten Grossen Sauerstoffkatastrophe, als es zu einem ebenso plötzlichen wie gewaltigen Erscheinen von freiem Sauerstoff in den Meeren und in der Atmosphäre gekommen war, der als Grundvoraussetzung für die Entstehung und Entwicklung des höheren, mehrzelligen Lebens gilt.

Laut den neuen Daten müssten die entdeckten Pilze also nicht nur gänzlich abgeschieden vom Licht, sondern auch ohne Sauerstoff entstanden sein und existiert haben: «Das hätte umwerfende Konsequenzen für die Art und Weise, wie diese frühesten Vorfahren der Eukaryoten und Pilze gelebt haben», kommentiert Rasmussen. Lange Zeit galten Pilze fälschlicherweise noch als Untergruppe der Pflanzen – oder zumindest als Zwischenform von Pflanze und Tier. Erst 1969 wurde ihnen ihr eigenes Reich zugesprochen. Sie absorbieren Nährstoffe aus toten oder lebendigen organischen Stoffen, sind – im Gegensatz zu den Pflanzen – nicht zur Photosynthese fähig und besitzen keine Zellulose in ihren Zellwänden.

«Tatsächlich beheimatet der aktuelle Fundort und einstige Lebensraum der in den Gasblasen eingeschlossenen mikroskopisch kleinen Pilzformen, die sogenannte tiefe Biosphäre, einen bedeutenden Anteil aller Biomasse



auf unserer Erde», erläutert Bengston und führt weiter aus: «Zugleich wissen wir aber erst sehr wenig darüber. Während frühere Funde von in fossilen Gasblasen eingebetteten Pilzen grade einmal 50 Millionen Jahre alt waren, sind die jetzt entdeckten Habitate mehr als zwei Milliarden Jahre älter. Bislang wussten wir noch nicht einmal, dass Pilze zu dieser Zeit überhaupt existiert haben.»

Möglicherweise lebten die Pilze in Gemeinschaft mit Mikroben und nutzten so deren chemische Energie für ihren Stoffwechsel. «Auf diese Weise hätten sie keinen freien Sauerstoff benötigt», vermuten die Forscher.

«Diese Entdeckung stellt unsere bisherige Vorstellung von der Entwicklung der Eukaryoten völlig auf den Kopf», kommentiert auch die an der Entdeckung und Studie nicht direkt beteiligte Professorin Nicola McLoughlin von der südafrikanischen Rhodes University in einem Kommentar zur Studie im gleichen Fachjournal und führt abschliessend weiter aus: «Es weckt die Frage, ob wir bei der Suche nach den frühesten Eukaryoten – und speziell nach den frühesten Pilzen – bislang nicht vielleicht doch am falschen Ort gesucht haben.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/29254-Bisherige-Vorstellungen-vollig-auf-den-Kopf-gestellt-Altteste-Fossilien-mehrzelligen-Lebens-entdeckt>

## Platte Nummer: Merkel hält stur am Feindbild Russland fest

RT Deutsch; Di, 02 Mai 2017 13:21 UTC



© Reuters

*Die deutsche Kanzlerin und Wladimir Putin vor den letzten Gesprächen über den Bürgerkrieg in der Ukraine in Berlin, 19. Oktober 2016.*

*Mit Angela Merkel scheint die letzte hartnäckige Verfechterin einer harten Linie gegen die Russische Föderation nach Russland zu reisen. Neuerdings kann sich die Kanzlerin bei ihrer Linie wieder auf Washington berufen. In Deutschland findet sie damit jedoch keine Mehrheiten.*

Am heutigen Dienstag trifft sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Das Treffen findet im Badeort Sotschi statt. Laut Protokoll dient der Besuch der Vorbereitung des diesjährigen G20-Gipfels, der vom 7. bis 9. Juli 2017 in Hamburg stattfindet. Allerdings sollen die Staatschefs die Gelegenheit nutzen, um zahlreiche internationale Krisenherde zu besprechen.

Wie so oft bei diesen Treffen stehen sich die Erwartungen aus Politik und Medien einerseits, sowie aus der Wirtschaft andererseits konträr gegenüber. Das Bundeskanzleramt signalisierte an Moskau, dass Angela Merkel bei ihrem Besuch «Pragmatik walten» lasse. Deutsche Wirtschaftsinteressen stünden für die Kanzlerin im Vordergrund. Für Deutschland hätten sich «zu viele wirtschaftliche Fragen von entscheidender Bedeutung» angehäuft, die «keinen Aufschub» dulden.

Klaus Schäfer, der Stellvertretende Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, äusserte zuvor entsprechende Erwartungen an den Besuch der Bundeskanzlerin in Russland. Man hoffe, dass wieder Bewegung in die festgefahrenen EU-Russland-Beziehungen kommt.

«Beide Seiten brauchen einander, wenn es um wirtschaftliche Prosperität, Sicherheit und Frieden in Europa geht. Die Schnittmenge an gemeinsamen Interessen ist sehr gross.»

Der Glaube an eine «gute, gemeinsame Zukunft mit Russland» sei zumindest unter den Unternehmen wieder gewachsen. Die Zahl deutsch-russischer Investitionsvorhaben nimmt zu und die Handelsbeziehungen erleben seit Jahresbeginn einen überraschend starken Aufschwung. Im Januar und Februar 2017 wuchs der deutsch-russische Handel gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 37 Prozent auf zehn Milliarden Euro.

Infolge der westlichen Sanktionen gegen russische Banken und Energiekonzerne sowie der russischen Gegen-sanktionen gegen europäische und amerikanische Agrarprodukte war der deutsch-russische Handel seit dem Jahr 2014 massiv eingebrochen. Bisher geht die russische Regierung laut Finanzminister Anton Siluanow nicht davon aus, dass die Sanktionen demnächst aufgehoben werden. Momentan sei keine Verbesserung der Beziehungen des Westens zu Russland zu spüren, so Siluanow gegenüber dem Handelsblatt.

Dies entspricht auch den Signalen aus Politik und Medien in Deutschland. Der deutsche Regierungssprecher Steffen Seibert verwies darauf, **dass auch die Kriege in Syrien und der Ukraine sowie die Zerstörung Libyens auf der Tagesordnung stehen.** «Das sind belastende Umstände, die kann man nicht wegdiskutieren», glaubt Seibert.

Allerdings verschiebt sich unter der Führung von Sigmar Gabriel die deutsche Aussenpolitik stärker hin zu einem «konstruktiven Dialog», wie es SPD-Aussenpolitiker nennen. Zuletzt besuchte Aussenminister Gabriel Russland, und auch der neue Bundespräsident, Frank-Walter Steinmeier, plant eine Reise in die Russische Föderation. «Mir scheint, es gibt derzeit eine Initiative, mit der russischen Seite ins Gespräch zu kommen», meint etwa Stefan Meister von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Eine besondere Hürde bleibt natürlich der Krieg der Kiewer Regierung gegen die Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Im April 2014 hatte die vom Westen unterstützte Putsch-Regierung in Kiew eine «Antiterroristische Aktion» gegen ihre Bürger im Osten des Landes gestartet. Rechtsradikale Milizen verübten das Massaker in Odessa. Seitdem befindet sich das Land in einem Bürgerkrieg. Die vom Westen eingesetzte neue Führung erweist sich von Jahr zu Jahr unfähiger, die Ukraine aus ihrer wirtschaftlichen Krise zu führen, und **unwillig, den Bürgerkrieg im Osten des Landes zu beenden.**

Einen hohen Anreiz, den Konflikt am Laufen zu halten, bilden natürlich die milliardenschweren Zuwendungen aus der EU und den USA für die neue Elite in Kiew. Mit den Minsker Verträgen gaben die Verhandlungspartner ausserdem das Heft aus der Hand: **Die Poroschenko-Regierung und die Abgeordneten der Rada können den Friedensprozess nach Belieben sabotieren.** All diesen Zuständen zum Hohn pflegen EU-Aussenpolitiker die Rede von angeblichen «Verpflichtungen Moskaus im Rahmen des Minsker Prozesses», die erst eingelöst sein müssten, bevor die Sanktionen fallen.

Über welchen Spielraum verfügt Angela Merkel in dieser Konstellation? Zuletzt war die Bundeskanzlerin im Mai 2015 beim russischen «Tag des Sieges» in Russland. Seither hat sie häufig mit Wladimir Putin telefoniert und ihn bei internationalen Gipfeln in anderen Ländern auch persönlich getroffen. Keine Regierungschefs kennen sich länger, beide sprechen die Sprache des anderen fliessend. Andererseits wird ihr **eine hartnäckige Abneigung gegen alles Russische und den amtierenden Präsidenten insbesondere** nachgesagt.

Aktuell wirkt die Berliner Politik geradezu erleichtert, dass Washington seine angedrohte Entspannungspolitik mit Russland abgesagt hat. Der Merkel-Vertraute Norbert Röttgen, der seit dem rabiaten Abschuss von Philipp Mißfelder im Namen der CDU-Fraktion über Aussenpolitik spricht, verlangte im Vorfeld, die Kanzlerin müsse eine «klare Sprache» sprechen und betonte die Einheit «des Westens» in Form von NATO-Operationen und Sanktionen.

Laut Umfragen wünscht sich **eine grosse Mehrheit der Deutschen wieder bessere Beziehungen zu Russland.** Von der Linkspartei über grosse Teile der SPD bis zur CSU und der AfD begegnet man dem bisher unnachgiebigen Kurs der Kanzlerin gegenüber der Russischen Föderation mit Skepsis oder starker Kritik. **Während die politische Klasse in den EU-Hauptstädten weiter über angebliche Einmischungen Russlands in ihre Wahlkämpfe halluziniert, unternimmt die russische Regierung zahlreiche Anstrengungen, um die Länder im EU-Umfeld zu stabilisieren, die wie der Irak, Syrien und Libyen in den letzten Jahren durch die westliche Aussenpolitik zerstört wurden.**

Diese diplomatischen, entwicklungspolitischen und teilweise militärischen Aktivitäten bereiten den westlichen Aussenpolitikern deutlich grösseres Kopfzerbrechen. **An Russland, so die Erkenntnis, kommt die EU bei der Lösung internationaler Krisen nicht mehr vorbei.** Allerdings dominiert in Berlin weiter diplomatisches Fingerhakeln anstelle gemeinsamer Lösungen. **Lieber demonstriert die Kanzlerin ihre wirtschaftliche und politische Nähe zu Saudi-Arabien als das lieb gewonnene und rüstungspolitisch wertvolle Feindbild Russland aufzugeben.**

Quelle: <https://de.sott.net/article/29347-Platte-Nummer-Merkel-halt-stur-am-Feindbild-Russland-fest>

## Der Wahlbetrug ist programmiert

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 16. Mai 2017

Der Wähler hat gesprochen, aber wird es ihm nutzen? Wenn eine amtierende Ministerpräsidentin gegen eine so blasse Figur wie Armin Laschet verliert, wenn noch dazu ihr Koalitionspartner auf fast die Hälfte seiner Wählerstimmen abstürzt, dann ist diese Regierung eindeutig abgewählt.

Rot-Grün gehörte in die Opposition, ohne Wenn und Aber.

Rechnerisch ist eine andere Regierung nicht nur möglich. Die CDU und die FDP haben die Mehrheit, wenn auch nur von einer Stimme. Das gibt es nicht nur aktuell bei Rot-Rot-Grün in Thüringen. Auch die Regierung Kohl hat von 1994 bis 1998 mit der FDP mit nur einer Stimme Mehrheit regiert – mit Erfolg. Und das gegen die Medien! Es verlangt den Parlamentariern Disziplin ab, bei den Abstimmungen müssen sie zwingend anwesend sein. Aber das ist gut so, denn es erinnert sie daran, dass ihr Mandat kein freischwebendes ist. Man kann nicht sagen, dass die Regierung Kohl nichts durchgesetzt hätte. Im Gegenteil. Parlament und Regierung war damals noch klar, dass politische Projekte durchgekämpft werden und nicht von vornherein konsensfähig sein müssen, bevor sie überhaupt angepackt werden.

Armin Laschet kann nach kurzer Zitterpartie Ministerpräsident werden, ohne tricksen zu müssen, weil er in seinem Wahlkreis knapp gewonnen hat. Wie gering die Substanz ist, die der Mann sich offenbar selbst zuschreibt, konnte man daran sehen, dass er als Erstes Angela Merkel untertänigst für ihren Wahleinsatz gedankt hat. Damit kam er den Medien zuvor, die seinen Sieg in einen von Merkel umgemünzt hätten.

Was sie mit diesem Sieg anzufangen gedenkt, liess Merkel getreu ihrer Art schon am Tag nach der Wahl durch Gewährsleute wissen. Sowohl der Hessische als auch der Sachsen-Anhaltinische Ministerpräsident liessen die Öffentlichkeit ungefragt wissen, wie problematisch sie eine Regierung fänden, die nur mit einer Stimme Mehrheit regiert. Damit ist klar, dass die Kanzlerin weiter die Grosse Koalition, die schlechteste aller Koalitionen präferiert und nicht im Mindesten an einen Kurswechsel denkt. NRW wird in Zukunft nicht von Laschet, sondern von der Kanzlerin regiert.

Laschet wird einige Beruhigungspillen in Form verschärfter Anordnungen in der Flüchtlingsfrage verabschieden dürfen, die dann ebenso wenig angewandt werden, wie die vom Bundestag verabschiedeten Verschärfungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Oder hat jemand davon gehört, dass es auch nur ein Bundesland gibt, in dem abgelehnte Asylbewerber nur noch Sachleistungen, statt Geld beziehen? Glaubt jemand daran, dass dies jetzt in NRW eingeführt würde oder die Abschiebepaxis verstärkt wird?

Armin Laschet hat in der Endphase des Wahlkampfes Wolfgang Bosbach in den Focus gerückt. Das sollte ein Signal an die konservativen Wähler sein, ihr Kreuz bei der CDU zu machen. Wer tatsächlich geglaubt hat, nun würden konservative Standpunkte wieder mehr berücksichtigt, wird sich früher oder später getäuscht sehen. Ich wage die Prognose, dass sich unter Ministerpräsident Laschet die No-Go-Zonen in NRW nicht um eine einzige verringern werden.

Die Kanzlerin selbst hat zwar in den Wahlmonaten ab und zu einen konservativen Spruch aufgesagt. Zum Beispiel den, dass «wir» in Europa lernen müssten, unsere Grenzen zu schützen. Seitdem ist nichts in dieser Richtung passiert, es gibt keine Kanzlerinneninitiative, um den unsäglichen Zustand zu beenden, dass «Flüchtlingshelfer» im Mittelmeer Wassertaxi für «Flüchtlinge» spielen, die inzwischen dazu übergegangen sind, auch seeuntaugliche Flösse zu besteigen, um eine geplante Flucht über das Mittelmeer vorzutäuschen. Frontex leistet Schlepper-Behilfe, indem seine Schiffe beim Aufsammeln dieser Abenteurer behilflich sind. Innerhalb von 48 Stunden werden da schon mal 8000 Flüchtlinge abgeholt und nach Italien gebracht. Dort werden sie noch bis zur Bundestagswahl zurückgehalten, dann wiederholt sich der 2015-Ansturm, wenn sich nicht schnell etwas ändert. Danach sieht es aber nicht aus.

Die Menschen wählten Merkel, weil sie in unsicheren Zeiten Stabilität wollten, lesen wir in den Staatsmedien. Das ist grotesk. Merkel hat in ihrer Regierungszeit das Land destabilisiert, wie nie ein demokratischer Regierungschef zuvor.

Die einstmals sichere Stromversorgung ist durch «erneuerbaren» Zappelstrom ersetzt worden, der entweder in Mengen anfällt, die das Netz zu sprengen drohen und dann schnell an Nachbarländer abgegeben werden muss, gegen Bezahlung natürlich. Oder es wird bei Windstille und Regen kein Strom erzeugt und die Kohlekraftwerke müssen unter CO<sub>2</sub>-Höchstausschlag schnell hochgefahren und Atomstrom aus Frankreich und Russland importiert werden. Die Folge sind die höchsten Strompreise in Europa, die weiter steigen werden, denn der Ausbau der «Erneuerbaren» geht ungebremst weiter, obwohl das Netz längst überlastet ist und die Stromautobahnen erst noch gebaut werden müssen.

Was die innere Sicherheit betrifft, so hat sie das Niveau der vier Jahre vor der Gründung der deutschen Teilrepubliken erreicht. Statt Recht und Gesetz herrschen in immer mehr Gebieten Deutschlands Jugendbanden und Clans, die weder Polizei noch Justiz fürchten müssen. Sollte die Polizei tatsächlich mal Festnahmen wagen, werden die Kriminellen von der Staatsanwaltschaft oder den Haftrichtern wieder auf freien Fuss gesetzt. Schwarzfahren ist nur für biodeutsche Omis strafbar, nicht für Neubürger. Wenn eine Hochzeitsgesellschaft mit Migrationshintergrund eine Autobahn sperrt, hat man das zu ertragen, bei Strafe des Rassismus-Vorwurfs, sollte man sich doch darüber echauffieren.

Unter Merkel ist Deutschland zum Denunziantenstadl geworden. Unzählige staatlich geförderte willige Helfer durchforsten die sozialen Netzwerke nach abweichenden Meinungen. Inzwischen wird auch «staatsfeindliche Hetze» wieder geahndet. Merkels Justizminister legt Gesetzentwürfe gegen «Hass» vor, die von ihrem Kabinett durchgewinkt werden, obwohl sie dem Grundgesetz widersprechen. Der letzte Entwurf ist noch gar nicht in Kraft, hat aber bereits bei den Betreibern von sozialen Netzwerken Löschorgien ausgelöst. Diese Löschungen finden jenseits der Gesetze statt, Einspruch nicht möglich. Auch Hausdurchsuchungen, in einem Rechtsstaat das letzte Mittel und nur mit staatsanwaltschaftlicher Erlaubnis möglich, werden exekutiert, wenn es um den Vorwurf der «Hass-Postings» geht. Wie zu DDR-Zeiten steht dann morgens um sechs ein Rollkommando vor der Haustür, um nach Belastungsmaterial zu suchen.

Wenn die Hausbewohner von eifrigen Denunzianten noch nicht darüber aufgeklärt wurden, dass sie neben einem Nazi wohnen, wissen sie es spätestens jetzt. Was Kafka in seinem Roman beschreibt, die Herrschaft von nicht greifbaren Mächten, ist in Merkelland Realität.

Wer weiter darauf beharrt, die vom Grundgesetz garantierten Rechte in Anspruch zu nehmen, lebt mittlerweile gefährlich. Als Mitglied einer Partei, die trotz politischen Drucks vom Verfassungsschutz nicht beobachtet wird, muss man damit rechnen, auf offener Straße verprügelt, bespuckt, mit Flaschen oder Steinen beworfen zu werden. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist nicht mehr garantiert, wenn die Antifa vor der Tür steht. Aber auch Restaurantbesuche sind nicht mehr problemlos. Politikern der AfD werden sie immer häufiger verwehrt, entweder weil die Wirte sie aus eigener Überzeugung des Lokals verweisen, oder weil sie Repressalien fürchten müssen, wenn sie jemanden bedienen, der von Politik und Medien als rechts gebrandmarkt wird.

Hass und Hetze gegen Andersdenkende werden von Politikern und Journalisten immer hemmungsloser betrieben. Sie haben, wie jüngst gegen die «Söhne Mannheims» oder gegen den AfD-Politiker Podeswa die Form von Treibjagden angenommen. Debatten gibt es längst nicht mehr, es sei denn, man wollte die inzwischen üblichen Szenen der öffentlichen Anprangerung bis zur öffentlichen Reue oder Ächtung noch als solche bezeichnen.

Säuberungen sind nichts mehr, was man nur aus der Literatur über den Stalinismus kennt, sondern sie sind Realität geworden. Die Bundeswehr wird von missliebigen Fotos, wie z. B. dem des Altkanzlers Helmut Schmid, Liedern und Menschen gesäubert, Vereine und Verbände, bis hin zu solchen, die SED-Unrecht aufarbeiten, werfen AfD-Mitglieder oder angebliche AfD-Sympathisanten aus ihren Reihen, mit oder ohne vorherige Aufforderung durch «gesellschaftliche Kräfte», im Namen von Vielfalt und Toleranz.

Als stabil kann man die gegenwärtigen Zustände nur bezeichnen, wenn man sich den orwellschen Begriffsschöpfungen ergeben hat. Wer eine solche «Stabilität» wählt, wählt die weitere Demontage unseres Landes.

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/05/16/der-wahlbetrug-ist-programmiert/>

## Die Hexenjagd auf die AfD

Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 13. Mai 2017

Es ist kaum zu glauben, zu welchen Eskapaden sich unsere Weltoffenen und Toleranten hinreissen lassen. Deutschland ist zum Tollhaus geworden, in dem der Teufel los ist. Und alle, alle linksgläubigen, korrekt sprechenden und in den vorgeschriebenen Rastern Denkenden haben sich vereint, den Teufel auszutreiben. Der Fortschritt gegenüber dem Mittelalter ist, man braucht keinen «Hexenhammer» mehr, um zu wissen, was man zu tun hat. Es genügen kleinste Winks mit der vergifteten Feder und die Hatz geht los.

Vor Kurzem hat der Teufel im Landtag von Baden-Württemberg die Gestalt von AfD-Mann Rainer Podeswa angenommen und die Verbrennung von Frauen für die Klimarettung gefordert. Fast alle Qualitätsmedien hielten es für so wahrscheinlich, dass dieser Fake wahr sein könnte, dass sie umgehend eine News daraus gemacht haben. Mit allen Zeichen rasender Empörung unterrichteten von «Welt» über «Focus» bis «Stern» ihre schwindende Leserschaft über die satanische Rede des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der AfD.

Am nächsten Tag mussten alle den Schwanz einziehen und sich korrigieren, weil Podeswa natürlich nichts dergleichen gesagt hatte. Allein die Tatsache, dass unsere Qualitätsmedien glauben und ihren Lesern weismachen wollten, dass die dpa-Meldung über den angeblichen menschenverachtenden Skandal wahr ist, dass keiner auf den Gedanken kam, eine so haarsträubende Geschichte nachzuprüfen, wirft ein Schlaglicht auf die Verkommenheit der veröffentlichten Meinung. Übertroffen wird die Perfidie höchstens von «Richtigstellungen», wie sie von T-Online veröffentlicht wurden:

«Gestern betitelten wir einen Artikel: «AfD-Mann empfiehlt Frauenverbrennung gegen den Klimawandel». Diese Schlagzeile und die damit verbundene Interpretation der Absichten des AfD-Abgeordneten Rainer Podeswa waren falsch. Wir haben uns bei der Arbeit ausschliesslich auf eine Meldung der Deutschen Presse Agentur (dpa)



verlassen und Inhalt und Richtigkeit nicht angemessen geprüft. Dabei haben wir unsere eigenen Ansprüche nicht erfüllt.» Entschuldigung? Fehlanzeige! im Gegenteil: «Man kann Podeswa also vorwerfen, er habe einen unangemessenen und extrem provokanten Vergleich zwischen den Ansichten der Grünen zum Klimawandel und den Handlungsweisen im Mittelalter gezogen.» Rechthaberei statt Reue über das eigene Fehlverhalten. Die nächste auf Fake-News beruhende Kampagne ist vorprogrammiert.

Podeswa wurde einen Tag lang wie die berühmte Sau durchs Mediendorf getrieben. Keinem der Qualitätsjournalisten kommt es offenbar in den Sinn, wie sehr ihr Verhalten dem ihrer Kollegen in totalitären Systemen gleicht, wenn sie auf angebliche Feinde gehetzt wurden.

In beiden deutschen Diktaturen bekamen die Journalisten noch Anleitungen und Befehle, heute wird im eigenen politisch-korrekten Auftrag gehandelt, ungeachtet aller Folgen.

Die AfD wird regelrecht gejagt: In den Medien mit Falschmeldungen, auf der Strasse von der Antifa und ihren Gesinnungsgenossen mit Zaunlatten, Steinen, Flaschen, Blendgranaten. Sie werden beschimpft, bespuckt, bedrängt, verhöhnt. Das ist nicht Deutschland in seinen finstersten Zeiten, das ist Merkel-Deutschland 2017!

Es soll hinterher keiner sagen, er hätte es nicht gewusst. Die Bilder, wie Guido Reil auf der Demo zum 1. Mai von finster blickenden Gewerkschaftern bedrängt wird, sind auf YouTube zu sehen.

In Berlin wurde aktuell eine Lokalzeitung «Kiez und Kneipe» bedroht mit «Pass auf, dass dir nicht mal was beim Radfahren passiert», weil sie in einer Reihe zur Bundestagswahl eben auch den Kandidaten der AfD zu Wort kommen lassen wollte.

In ganz Schleswig-Holstein soll es nur noch zwei Wirte geben, die es wagen, der AfD einen Raum zu vermieten. Einer davon will demnächst aufgeben. Wie es Hotels ergeht, die einen AfD-Parteitag bei sich abhalten lassen, hat man unlängst in Köln erlebt. Die Hotelkette hat schon bekundet, dass sie ihre Räume nicht mehr zur Verfügung stellen will.

Charakteristisch für die Stimmungsmache ist die Aktion einiger Jusos in der Innenstadt von Neuss, die ein fröhliches Dosenwerfen auf «Nazis» veranstaltet haben. Die Nazis waren neben Donald Trump, Marine Le Pen und Frauke Petry noch andere AfD-Politiker.

Dem Jungvolk ist anscheinend nicht bewusst, dass es sich benimmt wie seine lieben Grosseltern oder vielleicht Urgrosseltern, die sich seinerzeit auch einen Riesenspass daraus gemacht haben, Menschen zu bewerfen.

In Deutschland 2017 findet täglich Menschenjagd statt, ausgeübt von Leuten, die beteuern, sie schämten sich in Grund und Boden für das, was in Deutschland mal möglich war. Sie wiederholen aber die Haltungen und Handlungen derer, die sie zu ächten vorgeben und können sich der klammheimlichen Freude ihrer Gesinnungsgenossen sicher sein. Unsere Qualitätsjournalisten giessen mit Kampagnen wie der gegen Podeswa noch Öl ins Feuer, statt Alarm zu schlagen, weil unser demokratisches Haus an allen vier Ecken brennt.

<https://www.wp.de/politik/afd-mann-raet-frauenverbrennung-um-klima-zu-retten-id210539979.html>

<https://archive.is/enUTu/e014de8cef04816b20c065e496eb4fb88f955fcf.jpg>

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article164479073/Lokalzeitung-wird-wegen-Auftritt-eines-AfD-Kandidaten-bedroht.html>

[http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id\\_81148296/-hexenhammer-vergleich-der-afd-was-bei-uns-falsch-gelaufen-ist.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_81148296/-hexenhammer-vergleich-der-afd-was-bei-uns-falsch-gelaufen-ist.html)

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/neuss/jusos-neuss-dosenwerfen-auf-trump-petry-und-andere-nazis-aid-1.6814489>

<https://archive.is/enUTu>

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/05/13/die-hexejagd-auf-die-afd/>

## Moskau am Tag des Sieges

*Veröffentlicht am 11. Mai 2017 von Wolfgang Arnold* Mai 11, 2017

Vera Lengsfeld hat Moskau um diesen 8. Mai herum besucht und schildert ihre Eindrücke in dieser Stadt und von den Gedenkveranstaltungen zum Tag des Sieges über Hitlerdeutschland. Nachstehend ist der letzte Teil ihres Berichtes wiedergegeben, in dem sie bemerkenswerte Vergleiche mit dem Zustand in Berlin anstellt.

... Am frühen Nachmittag versammeln sich die Demonstrationsteilnehmer für den Marsch des «Unsterblichen Regiments» am Puschkinplatz. Viele haben Schilder mit Fotos ihrer Familienangehörigen in den Händen, weissrote Luftballons, die russische Nationalflagge oder die Fahne der Roten Armee. Andere halten die Bilder ihrer Lieben im Arm, so wie sie von der Wand genommen wurden. Man liest auf den Aufschriften, wie lange der Soldat oder die Krankenschwester gedient haben. Manchmal, wann sie gefallen sind. Ein «19..» deutet an, dass derjenige vermisst gemeldet wurde. Es ist ein rührender Anblick. Viele der Gesichter auf den Fotos sind erschreckend jung. Schon mit 17 Jahren wurden die Soldaten an die Front geschickt. Es sind auffällig viele

Mittelasiaten und Sibirer dabei. Besonders gegen Ende des Krieges wurden immer neue «frische» sibirische Verbände im Krieg verheizt.

Nicht die Generäle, schon gar nicht der Generalissimus, haben den Krieg gewonnen, sondern diese Menschen. Es hat sehr lange gedauert, bis sie die Ehrung erfahren haben, die sie verdienen. Die Millionen Toten wurden vom Sowjetregime als «Heldentote» instrumentalisiert und damit der Gesellschaft entrückt. Mit diesem Marsch der Angehörigen werden sie zurückgeholt.

Im letzten Jahr hatten sich 600 000 Menschen spontan versammelt. In diesem Jahr sollen es 750 000 gewesen sein.

Als der Zug in den Roten Platz einbog, erwartete uns eine Überraschung. Das Leninmausoleum, auf dessen Dachterrasse sich in den vergangenen Jahrzehnten die Partei- und Staatsführer und ihr Gefolge präsentiert hatten, war hinter einer grossen bunten Wand verschwunden. Auf den Bänken vor dieser Wand sassen die Kriegsveteranen, denen von den Vorbeiziehenden für ihren Einsatz und ihren Sieg gedankt wurde. Ein spontanes «Spasibo» (Anm. Danke) aus tausenden Kehlen. So belohnt die Zivilgesellschaft die von der Politik Vergessenen. Die Stimmung war keineswegs feindselig. Wir konnten Deutsch reden, ohne befürchten zu müssen, angemacht zu werden.

Überhaupt sind die Menschen hier höflich, freundlich und rücksichtsvoll.

Moskau ist auffallend sauber. Keine Spur von Verwahrlosung. Der Rote Platz als Müllhalde, zu der sich der Alexanderplatz entwickelt hat, ist undenkbar. Keine Graffiti verunzieren die sorgfältig restaurierten Gebäude. Auch die Züge und die Bahnhöfe der Metro sind frei von herumliegenden Flaschen, Tüten oder gar Essensresten, wie es bei uns üblich geworden ist. Keinem Moskauer würde es einfallen, seinen Burger im Zug zu mampfen oder seinen Sitznachbarn mit den Krümeln seines Croissants zu beglücken. Die Jungen machen den Alten höflich Platz. Mein 60+-Begleiter bekam fast Herzrasen, als ein hübsches Mädchen für ihn aufstand.

Die Liebe zur Heimat scheint den Menschen zu einem angenehmeren Mitbürger zu machen, als die verbissenen Weltoffenen und Toleranten, die sich bei uns mit den Ellenbogen stets die besten Plätze sichern und mit ihrem Gepäck die Nachbarsitze blockieren.

Wenn man den Vergleich vor Augen hat, wie es anderswo zugeht, fragt man sich, wo der Westen seinen Dünkel hernimmt. Ostrom existierte jedenfalls noch tausend Jahre nach dem Untergang Westroms.

Quelle: <http://krisenfrei.de/moskau-am-tag-des-sieges/>

### Putin zum Tag des Sieges:

#### «Wir sind für Frieden – Niemand kann das russische Volk bezwingen.»

RT Deutsch; Di, 09 Mai 2017 14:14 UTC

*Traditionell zum Tag des Sieges hat heute der russische Präsident Wladimir Putin eine Ansprache gehalten. Während dieser betonte er, dass Russland immer für Frieden eintreten werde, warnte aber zugleich die Feinde Russlands, dass es nie eine Kraft gab, gibt und geben wird, die das russische Volk bezwingen kann. Das hätten die Sowjetbürger bewiesen, als sie standhaft blieben, trotz millionenfacher Verluste und die Nazis in die Flucht schlugen und somit der Barbarei ein Ende setzten.*



«Wir verneigen heute unser Haupt in Erinnerung an jene, die diesen Krieg nicht überlebt haben. Das ist unser Gedenken an unsere Söhne, Töchter, Väter, Mütter, Grossväter und Urgrossväter, Ehemänner, Ehefrauen, Brüder, Schwestern, Kameraden, unsere Verwandten und Freunde», betonte Putin, woraufhin er eine Schweigeminute verkündete.

Anschliessend richtete Putin sich an andere Staaten und erklärte, dass es der ganzen Kraft der Internationalen Gemeinschaft bedarf, um Terrorismus, Extremismus, Neonazismus und andere Gefahren effizient zu bekämpfen. Russland werde immer auf der Seite der Friedenskräfte stehen und mit denen sein, die den Weg der gleich-

berechtigten Partnerschaft wählen und die Kriege verweigern, weil sie das Gegenteil der menschlichen Natur und des Wesens des Lebens darstellen.

Der Zweite Weltkrieg wurde laut Putin durch jene fehlende Kooperation erst möglich, «da man die verbrecherische Ideologie der Rassenüberlegenheit gewähren liess und es unter den führenden Ländern der Welt keinen Zusammenhalt gab.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/29404-Putin-zum-Tag-des-Sieges-Wir-sind-fur-Frieden-Niemand-kann-das-russische-Volk-bezwingen>

## Macron – Ein Psychopath im Elysée-Palast?

*Veröffentlicht am Mai 8. 2017 von helmut mueller*

Macron, ein Psychopath? Diese Meinung vertritt der italienische Psychiater Prof. Adriano Sagatori, der die Vita des neuen Präsidenten genau studiert und dessen Wahlkampagne beobachtet haben will. Macrons Schlüssel-erlebnis, mit 15 Jahren angeblich von seiner Lehrerin verführt (vergewaltigt?) worden zu sein, habe dessen weitere Entwicklung stark geprägt und ihn zur Ansicht geführt, dass alles erlaubt sei.

Und weiter: Ein ausgeprägter Narzissmus gebe ihm heute das Gefühl, allmächtig zu sein. Da in seiner Identität verletzlich, brauche er ständig Bewunderung und Anerkennung, um einen gewissen Minderwertigkeitskomplex hintanzuhalten. Werde er nicht bewundert, könne er hysterisch werden, so Sagatori.

Der italienische Psychiater meint ausserdem, Macron sehe in sich selbst die grösste Idee verwirklicht. Er liebe weder die Franzosen, noch Frankreich, er arbeite nur für sich selbst und benütze andere als Instrument seiner eigenen Grösse. Aus den genannten Gründen hält Prof. Sagatori den Neuen, wie alle Psychopathen übrigens, für extrem gefährlich.

Dazu zitiert Sagatori einen US-amerikanischen Experten, der davon spricht, dass ein Serien-Killer Familien zerstören, ein Psychopath an der Spitze eines Staates aber ganze Gesellschaften ruinieren könne. Mit einem Wort: Macron sei eine Gefahr für Frankreich. Halte ich auch für möglich.

Nun sind psychiatrische Gutachten eine Sache, deren Treffsicherheit natürlich eine andere. Auch ich habe Macrons Wahlkampf beobachtet, seine Auseinandersetzung mit Marine Le Pen (die mir eine Spur zu aggressiv war und inhaltlich schwächelte) vom Anfang bis zum Ende verfolgt, und, ehrlich gesagt, verhaltensauffällig schien er mir auch.

Wobei ich in seinem Blick gelegentlich den eines Irren zu erblicken glaubte. Das ist durchaus nicht böse gemeint und sollte geäussert werden dürfen. In Wirklichkeit wird es wohl so sein, dass seine Augen einfach den um Anerkennung flehenden verunsicherten Narziss verraten.

Ganz anderer Natur, aber natürlich nicht ganz abgekoppelt von seinem Innenleben, sind die sonstigen Auffälligkeiten und Vorbehalte, die vorzubringen wären. Man kennt zum Beispiel seine Einkünfte als Bankmanager und «partenaire associé» von Rothschild, weiss aber wenig über sein Vermögen.

Gefragt werden darf auch, hat er für die Bank 80 Milliarden am Fiskus vorbei irgendwohin transferiert, und hat er selbst, wie Marine Le Pen andeutete, einen Briefkasten in einem Steuerparadies? Und hat er nicht ein französisches Unternehmen einem ihm sehr nahestehenden Herrn zukommen lassen?

Besonders heikel seine Pläne, den Islam und Frankreich betreffend. Diese hätten übrigens, so sie stimmen, das Wahlergebnis wohl etwas beeinflusst. So geht aus den «Macron-Leaks» hervor, dass er zu dem heiklen Thema in Frankreich gewiss Umstrittenes verwirklicht sehen wollte.

Unter anderem ein gemeinsames Geschichtsbuch mit Tunesien, Algerien, Marokko, Spanien und Italien, das bei den Schülern dieser Länder ein historisch begründetes Zusammengehörigkeitsgefühl wecken und vor allem den französischen Schülern die maghrebische Zivilisation näherbringen sollte. Dazu sollten in Frankreich zweisprachige Klassen eingerichtet und der lokale «französische» Islam gestärkt werden.

Nun, dem «Kennedy» Frankreichs, wie er fälschlich schon genannt wird, mangelt es ganz gewiss nicht an Umtriebigkeit und Intelligenz, die jedoch seinen Franzosen bei seiner Tätigkeit als Wirtschaftsminister nicht unbedingt weitergeholfen haben. Was er verspricht, ist ein Wunschprogramm, was er am Ende bewirken oder nicht bewirken wird, könnte in Frankreich noch zu grossen Verwerfungen, vielleicht sogar zu Aufständen führen.

Ist er kein Psychopath, so scheint er doch ein «Bluffer» zu sein. Marine Le Pen soll froh sein, es nicht geschafft zu haben, sie hätte nur scheitern können. Eine zum Scheitern verurteilte Ära Macron könnte aber zum endgültigen Durchbruch der nationalen und daher wahren europäischen Kräfte führen, und es würden voraussichtlich nicht linke sein, solange diese an der Immigration und Multikulti festhalten.

Denn die Schicksalsfrage Europas wird mehr denn je die seiner bedrohten Identitäten und Kulturen sein. Und diese Frage ist anders als national nicht zu lösen. Dies den EU-Eliten und ihrem opportunistischen Gefolge ins Stammbuch, die allein von der Macron-«Show» profitieren.

Quelle: <https://helmutmueller.wordpress.com/2017/05/08/macron-ein-psychopath-im-elysee-palast/>

## Macron wird sämtliche Souveränitätsrechte an Brüssel abtreten

Von Martin Armstrong für [www.ArmstrongEconomics.com](http://www.ArmstrongEconomics.com), 11. Mai 2017



Emmanuel Macrons Wahlsieg verspricht keine Änderungen für Europa und er ist genau jene Erleichterung, die sich Brüssel so sehnlichst wünschte, da mit ihm die weitere Föderalisierung Europas möglich wird. Macron wird bei weitem mehr Souveränitätsrechte an Brüssel abtreten, als sich jemand vorstellen kann. Macron ist ein Technokrat und mit seinen 39 Jahren der jüngste französische Präsident aller Zeiten. Seine Botschaft der Souveränitätsabtretung durch Frankreich wurde bei seiner Siegesveranstaltung in Paris subtil über Beethovens Ode an die Freude, der europäischen Hymne, transportiert, die er zugunsten der Marseillaise spielen liess. Tatsächlich war es eine mächtige und allumfassende Unterwerfungsgeste gegenüber Brüssel. Es zeigt auch, dass es keinerlei Richtungsänderungen oder Reformen geben wird.

Die «New York Times» rief zur Wahl gegen Marine Le Pen auf, da es für sie um einen Kampf geht gegen die bösen Kräfte des «xenophoben Nationalismus, der von Präsident Donald Trump ausgenutzt wird». Sie berichteten auch, dass wie erwartet das Ende des Populismus eingeläutet wurde, da Brexit nichts anderes war als «Grossbritanniens armselige Entscheidung im vergangenen Jahr und Trumps beklagenswerte antieuropäische Ignoranz ein kritisches Element war» für Macrons Sieg. Es ist schon erstaunlich, wie sehr die «New York Times» die EU und den Sozialismus bejubelt und dabei geflissentlich die Zahlen ignoriert, wenn es darum geht, die EU als Wachstumsfaktor darzustellen.

Dank der eingebauten politischen Neigung wird sich die «New York Times» nie die Zahlen ansehen. Das britische BIP-Wachstum hatte seinen Höhepunkt im Jahr 1973 und ging danach mit dem Beitritt zur EU immer nur zurück. Wo liegt für sie nur das Problem? Sind die Leute bei der «New York Times» blind und dumm oder einfach nur zu korrupt für einen objektiven Blick auf die Sache?

Wäre Macron Amerikaner, seine Ehefrau würde wahrscheinlich wegen Kindesmissbrauch angeklagt werden. Die beiden lernten sich kennen, als er 15 Jahre alt war und sie seine 40 Jahre alte Lehrerin. Als seine Eltern von der Affäre des Sohnes mit der Lehrerin Wind bekamen, war sie noch immer mit dem Vater ihrer drei Kinder verheiratet. Sie waren so perplex, dass sie ihren Sohn von der Schule nahmen und bis zum Schulabschluss nach Paris schickten. Heute führt er Frankreich an.

Quelle: <http://1nseipresse.blogspot.de/2017/05/macron-wird-samtliche.html>

## «Dein Kollege – ein Rassist?»:

### Internes Papier beim SWR ruft zum Bespitzeln und Denunzieren auf

Von Nancy McDonnell; Aktualisiert: 5. Mai 2017 6:27

Wer im Netz «pauschale Beschuldigungen» postet, was z.B. die Aussage wäre, «Flüchtlinge sind in einem extremen Ausmass krimineller als Deutsche», kriegt gleich die Rote Karte. Bitte Screenshot erstellen und ZACK! an die Personalabteilung damit. Auf diese Weise möchte ver.di nun offenbar auch bei Kollegen von Rundfunkanstalten intern aktiv werden.



Im Intranet des SWR sind Handlungsanweisungen aufgetaucht, wie man gegen «Kollegen» vorgehen soll, die «unaufgefordert ... fremdenfeindliche Propaganda verbreiten». Erst vor kurzem hatte die Gewerkschaft ver.di ähnliches Material in ihren Reihen verbreitet.

«Dein Kollege – ein Rassist?»

Wie jetzt bekannt wurde, soll bei den öffentlich-rechtlichen Medien nicht nur «die breite Öffentlichkeit auf Linie gebracht werden», um es mit Worten von Eva Herman zu sagen.

Die Journalistin Ines Laufer berichtet auf ihrem Blog, dass im Intranet des SWR zum «Umgang mit Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsplatz» aufgeklärt wird, unter dem Motto: «Dein Kollege – ein Rassist?»

«Hast Du auch Angst, Deine Frau abends noch alleine U-Bahn fahren zu lassen?», mit solchen Fragen würden Gespräche oft scheinbar harmlos anfangen, so die Mitteilung. Verfasst wurde sie von den Stuttgarter Personalräten des Südwestrundfunks, Peter Beck und Stefan Tiyavorabun, gemeinsam mit ihrer Integrationsbeauftragten Anna Koktsidou.

(screenshot: Ines Laufer)

Das Motto in Form von «Dein Kollege» lässt hier sofort an das kürzlich auf ver.di erschienene Papier zum Aufspüren, Bespitzeln und Isolieren von «Rechtspopulisten» erinnern, ähnlich sei jetzt auch der Auftrag an die Mitarbeiter des SWR. Die Mitarbeiter der angeschlossenen Gewerkschaft ver.di sollen dafür verantwortlich sein. Ob auch andere ARD-Töchter mit Aufrufen dieser Art im Intranet bestückt sind, ist derzeit nicht bekannt.

### Bitte Screenshot erstellen und ZACK! an die Personalabteilung damit

Laut Laufer sollen Mitarbeiter zu «aufmerksamen Beobachtern» gemacht werden, mit dem Ziel, jene Kollegen der Personalabteilung zu melden und einen Kündigungsgrund zu liefern, die entweder am Arbeitsplatz «unaufgefordert ... fremdenfeindliche Propaganda verbreiten» oder im Netz und auf Facebook (und sei es in geschlossenen Freundeskreisen) fremdenfeindliche Äusserungen oder Kommentare posten.

Weitere Beispiele, die die Journalistin aufzählt: «Um dieses widerwärtige Denunziantentum in unschuldiger Form zu bemänteln, empfehlen die Personalräte das (virtuelle) Zücken der gelben oder roten Karte. Wie beim Fussball. Gelbe Karte = Verwarnung. Rote Karte = der «Spieler» wird ausgewechselt.»

Wer im Netz «pauschale Beschuldigungen» postet, was z.B. die Aussage wäre «Flüchtlinge sind in einem extremen Ausmass krimineller als Deutsche», kriegt gleich die Rote Karte. Bitte Screenshot erstellen und ZACK! an die Personalabteilung damit. Denn schliesslich verletzen «solche Äusserungen die Menschenwürde von Minderheiten.»

### «Dies sind die klassischen Methoden des Totalitarismus, man nennt sie Propaganda»

Eine Verletzung der Menschenwürde von Minderheiten kann die Journalistin aber nicht erkennen, hier gehe es um «Gesinnungsschnüflei par excellence», kommentiert sie. «Und das in einer Rundfunkanstalt des Öffentlichen Rechts, finanziert von den Bürgern mit den Zwangsabgaben der GEZ.»

Die Ex-Tagesschau-Sprecherin Eva Herman kommentierte den «internen ARD-Aufruf zu Spitzel- und Denunziantentum» so: «Auf internen ARD-Intranet-Pfaden, von denen die breite Öffentlichkeit natürlich so gut wie nichts mitbekommt, wird jetzt, wie berichtet, auch der letzte frei denkende Mitarbeiter umerzogen zu der gewünschten politischen Korrektheit im politischen wie auch privaten Raum.»

«Dies sind die klassischen Methoden des Totalitarismus, man nennt sie Propaganda. Hierdurch wurden schon mehrmals einschneidende Veränderungen über unser Land gebracht, die heute erkannt und betrauert werden», so Herman.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/dein-kollege-ein-rassist-internes-papier-beim-swr-ruft-zum-bespitzeln-und-denunzieren-auf-a2110725.html>

## Faule Früchte des deutschen Parteienstaates

*Veröffentlicht am 11. Mai 2017 von Dieter; von Karl Müller (zeit-fragen)*

Im Vorfeld der Wahlen zum Deutschen Bundestag im September 2017 hat die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ein 88 Seiten füllendes Heft zum Thema «Rechtspopulismus» herausgegeben. Die Landeszentrale für politische Bildung ist eine staatliche Einrichtung, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die dem Landtag von Baden-Württemberg zugeordnet ist. Im derzeitigen Landtag von Baden-Württemberg sind Abgeordnete von fünf Parteien vertreten: Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Alternative für Deutschland (AfD), SPD und FDP. Die AfD hat bei den Landtagswahlen im März 2016 die drittmeisten Stimmen erreicht, 15,1% der Wähler gaben Kandidaten dieser Partei ihre Stimme. Die Situation in anderen Bundesländern ist ähnlich. Die Parteikonkurrenten der AfD sind aufgeschreckt und verfolgen das Ziel, den Wähleranteil der AfD zu drücken und die Partei von der politischen Bühne zu drängen.

### Staatliche Stelle diskriminiert Partei

Mit dem neuen Heft der Landeszentrale für politische Bildung greift aber auch diese aktiv in den Wahlkampf ein. Sie macht sich zum Gehilfen der anderen Parteien; denn innerhalb des Themenheftes «Rechtspopulismus» finden sich auch einseitige und deutlich abwertende Texte über die AfD, also eine der sich im September um Mandate bemühenden Parteien.

Den Parteikonkurrenten der AfD steht es zu, sich im Rahmen ihrer Meinungsfreiheit über jede Partei, also auch über die AfD, zu äussern. Nicht aber einer staatlichen Einrichtung wie der Landeszentrale für politische Bildung. Die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien und das Verhältnis zwischen Staat und Parteien sind in Artikel 21 des deutschen Grundgesetzes geregelt. Dort heisst es:

«Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht. Das Nähere regeln Bundesgesetze.»

Staatsorgane und staatliche Einrichtungen dürfen nur dann in das Leben der Parteien eingreifen, wenn sie die Bedingungen des ersten Absatzes von Artikel 21 nicht erfüllen oder wenn sie nach Absatz 2 verfassungswidrig sind. Im Vorfeld einer möglichen Feststellung der Verfassungswidrigkeit durch das deutsche Bundesverfassungsgericht können Parteien, bei denen der begründete Verdacht auf Verfassungswidrigkeit besteht, von den Landesämtern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden. In den öffentlich zugänglichen Berichten dieser Ämter dürfen die betroffenen Parteien dann auch erwähnt werden.

### Kampfbegriff «Rechtspopulismus» ...

«Rechtspopulismus» hingegen ist kein verfassungsrechtlicher oder rechtlich bedeutsamer Begriff und hat auch keine rechtlichen Konsequenzen. Es ist vielmehr ein emotional aufgeladener und eher diffuser Begriff im Meinungskampf zwischen den Parteien und in der Regel deutlich abwertend gemeint. Er zielt auf soziale Ausgrenzung und Diskriminierung und verträgt sich nicht mit der allen Bürgern und auch allen Parteien zustehenden gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben.

### ... und die fragwürdige Rolle von Hochschuldozenten

Dass sich auch Hochschuldozenten in diesen Meinungskampf einmischen, wie nun wieder im Heft der Landeszentrale für politische Bildung, trägt leider nicht zur Klärung der Sache bei. Vielmehr ist hier eine alarmierende Instrumentalisierung der Hochschulen zu beobachten, um der eigenen Position im Meinungskampf ein «wissenschaftliches» Mäntelchen umzuhängen. Bislang wird dieser Vorgang nur wenig untersucht und öffentlich thematisiert, und noch immer umgeben sich fast alle Hochschulangehörigen mit einer Aura der Wissenschaftlichkeit und damit der Objektivität und Wahrheit. Einzelstudien wie die 2010 erschienene zur Instrumentalisierung von Tausenden von «Wissenschaftlern» durch US-amerikanische Geheimdienste – Tim B. Müller: «Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg» – werden in der breiten Öffentlichkeit nicht diskutiert. In Deutschland, davon ist auszugehen, wird es nicht anders aussehen, obwohl das Grundgesetz die «Freiheit der Wissenschaft» zum Grundrecht erklärt hat. Es ist diese unübersehbare Abhängigkeit und Parteilichkeit von Wissenschaftlern, die in der Bürgerschaft zur Skepsis gegenüber den Leistungen der Hochschulen insgesamt geführt hat. Damit aber leider auch zur Skepsis gegenüber dem Prinzip der Wissenschaftlichkeit. Für einen Staat wie Deutschland, der den Anspruch erhebt, eine funktionierende Gewaltenteilung zu haben und freiheitlich, rechtsstaatlich und demokratisch zu sein, ist die Parteilichkeit von Staatsorganen und staatlichen Instanzen eine grosse Gefahr. Durch die Unterordnung von Wissenschaftlern unter die Vorgaben mächtiger Parteien hat sich diese Gefahr potenziert.

### Parteienstaat Deutschland

Deutschland wird seit vielen Jahren als «Parteienstaat» bezeichnet, also als ein Staat, in dem politische Parteien die Staatsgewalten weitgehend in ihren Händen haben. Unterschiedlich fällt die Bewertung dieser Tatsache aus. Nutzen die Parteien diese Staatsgewalten für das Gemeinwohl, oder missbrauchen sie diese für die Verfolgung ihrer «parteilichen» Ziele? Das Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg ist eines von vielen Beispielen dafür, dass der zweite Halbsatz der Frage zutrifft. Kritiker des Parteienstaates wie die Staatsrechtslehrer Karl Albrecht Schachtschneider und Hans Herbert von Arnim weisen hierauf schon seit vielen Jahren hin.

Aber offensichtlich werden nicht alle Parteien in diesem Parteienstaat gern gesehen. Es sieht so aus, dass man als Partei «Zugangsbedingungen» jenseits von Recht und Gesetz erfüllen muss, um «dazugehören zu dürfen». So missbrauchen die Parteien, die unter sich die Staatsmacht aufgeteilt haben, ihren Einfluss auf die Staatsgewalten, um eine neue Partei zu diskriminieren, die bei den Wahlen in den vergangenen drei Jahren erhebliche Erfolge erzielen konnte und im September 2017 in den Deutschen Bundestag kommen könnte.

### Machtversessen und machtvorgessen

Ein CDU-Mitglied und ehemaliger Bundespräsident, nämlich Richard von Weizsäcker, hat schon vor 25 Jahren, in einem Interview mit der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit», deutliche Worte für die Fehlentwicklung hin zum Parteienstaat formuliert. Er sprach davon, dass der Einfluss der Parteien weit über das vom Grundgesetz Gewollte hinausgehe: «Sie (die Parteien) durchziehen die ganze Struktur unserer Gesellschaft, bis tief hinein in das seiner Idee nach doch ganz unpolitische Vereinsleben ... Es reicht direkt oder indirekt in die Medien und bei der Richterwahl in die Justiz, aber auch in die Kultur und den Sport, in kirchliche Gremien und Universitäten.» Die verfassungsrechtlich vorgesehenen Staatsorgane seien «unter den ständig gewachsenen Einfluss eines ... Zentrums geraten, welches gar nicht zu den Verfassungsorganen zählt, aber praktisch über ihnen steht, nämlich der Zentralen der politischen Parteien». Richard von Weizsäcker sprach von einer «Machtversessenheit» und «Machtvorgessenheit» der Parteien: Machtversessen, weil es nur noch um Wahlsiege und Positionen der staatlichen Macht gehe; machtvorgessen, weil die verfassungsrechtliche Aufgabe, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, dabei aber die Souveränität des Volkes und die verfassungsrechtliche Staatsordnung zu achten, nicht mehr wahrgenommen werde.

### Unrecht kann nur durch Recht beendet werden

Heute sind wir 25 Jahre weiter, und der Zustand hat sich nicht gebessert. Im Gegenteil, die Skrupellosigkeit der Parteien im Umgang mit der usurpierten Staatsmacht hat zugenommen. Heute sprechen zahlreiche Stimmen davon, dass Deutschland sich einem Zustand nähere oder gar schon dort angelangt sei, der den Voraussetzungen von Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes entspricht. Diese Verfassungsbestimmung besagt, dass «alle Deutschen das Recht zum Widerstand» gegen jeden haben, der es unternimmt, die verfassungsrechtliche Staatsordnung zu beseitigen – «wenn andere Abhilfe nicht möglich ist».

«Widerstand» kann aber nur heissen, die vom Grundgesetz vorgesehene Staatsordnung wiederherzustellen beziehungsweise zu verwirklichen. Das aber kann nur heissen, dass «Widerstand» den Rahmen der Verfassungs- und Staatsordnung nicht sprengen darf, sich also im Rahmen der im Grundgesetz formulierten Grundrechte bewegen muss. Unrecht muss durch Recht beendet werden.

Quelle: <http://krisenfrei.de/faule-fruechte-des-deutschen-parteienstaates/>

## Al-Qaida-Führer räumte soeben Verbindung zu den USA ein

Veröffentlicht am May 8, 2017 in Geopolitik/Welt von cosmicus



Der Führer von al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) im Jemen, Qasim al-Rimi, hat zugegeben, dass seine Kämpfer neben jemenitischen Regierungskräften gekämpft haben, die derzeit von den USA und der Saudi-geführten Koalition unterstützt werden.

Wie von der «Washington Post» berichtet, betrachtet die amerikanische Regierung AQAP als den tödlichsten Ableger von al-Qaida. Al-Rimi ist häufig das Ziel von US-Luftangriffen, und eine enorme Summe ist für seine Gefangennahme ausgesetzt.

«Wir kämpfen mit allen Muslimen im Jemen zusammen, mit verschiedenen islamischen Gruppen», sagte er am vorigen Sonntag gegenüber AQAPs Medienoperation, al-Malahem, von einem nicht bekannten Ort im Jemen aus. Al-Rimi fügte des weiteren hinzu, dass seine Anhänger sich mit einer Reihe von Fraktionen zusammengetan hätten – einschliesslich der ultrakonservativen Salafis, «der Muslimbruderschaft und auch unseren Brüdern unter den Söhnen der (sunnitischen) Stämme» – gegen Jemens schiitische Rebellen, die als Houthis bekannt sind.

Aus der «Washington Post»:

«Al-Rimi hat nicht näher ausgeführt, was genau «neben kämpfen» bedeutet, jedoch hat al-Qaida sich zu einem de-facto-Verbündeten der Regierung von Präsident Abed Rabbo Mansour Hadi und seinen Unterstützern Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten entwickelt, in einem zermürbenden Bürgerkrieg gegen die Houthis, der Verwüstung angerichtet und weit verbreitet Hunger verursacht hat, wobei seit Ende 2014 bereits mehr als 10 000 Menschen getötet worden sind.»

Eingeständnisse wie dieses lassen ernsthafte Zweifel an der Aufrichtigkeit des von Washington deklarierten Krieges gegen den Terror aufkommen, der anfangs erklärermassen auf al-Qaida abzielte, diejenige Terror-Gruppe, welche für die Anschläge des 11. September 2001 auf amerikanischem Boden verantwortlich war.

Doch für diejenigen, die in den vergangenen Jahren den Konflikt im Jemen verfolgt haben, kann das kaum überraschen. Die Saudi-geführte Koalition hat dem Jemen umfassendes Leid gebracht – und dabei eine umfangreiche Liste von Kriegsverbrechen begangen –, mit dem Ziel, al-Qaida's ausdrücklichen Erzfeind zu besiegen. Saudi-Arabien hat der Tatsache wenig Bedeutung beigemessen, dass AQAP und ISIS direkt an seiner Grenze sitzen. Auch wenn Washington AQAP als den tödlichsten Ableger von al-Qaida ansieht, haben Washingtons Luftangriffe weit mehr Zivilisten als AQAP getötet. (Washington selbst ist tödlicher als der mörderischste Ableger von al-Qaida.)

Dieses Verhaltensmuster, an der Seite von al-Qaida zu kämpfen, wenn es Amerikas verdrehten aussenpolitischen Interessen passt, hat eine Reihe von Konflikten in die gesamte Region getragen. In Libyen wussten die USA im Jahre 2011 sehr wohl, dass sie im Begriff waren, für mit al-Qaida verbündete Rebellen Deckung aus der Luft zu verschaffen. Hillary Clintons durchgesickerte E-Mails sind ein Beweis für diese Tatsache. In Syrien ist al-Qaida (egal, wie oft sie umbenannt wird) eine der prominentesten Rebellengruppen im Land und erhält alle Arten von Unterstützung seitens der USA und ihrer Verbündeten, um die syrische Regierung zu stürzen.

Für einige wird die Nachricht, dass ein al-Qaida-Führer öffentlich erklärt, er habe an der Seite der USA gekämpft, indes ein unglaublicher Schock sein.



Verweise:

- <http://theantimedia.org/author/dariuss1/>
- [https://www.washingtonpost.com/world/middle\\_east/al-qaeda-leader-says-group-fought-alongside-us-backed-forces/2017/05/01/6412647e-2e4e-11e7-a335-fa0ae1940305\\_story.html?tid=ss\\_tw&utm\\_campaign=pubexchange\\_article&utm\\_medium=referral&utm\\_source=huffingtonpost.com&utm\\_term=.d9d3cec8a37d](https://www.washingtonpost.com/world/middle_east/al-qaeda-leader-says-group-fought-alongside-us-backed-forces/2017/05/01/6412647e-2e4e-11e7-a335-fa0ae1940305_story.html?tid=ss_tw&utm_campaign=pubexchange_article&utm_medium=referral&utm_source=huffingtonpost.com&utm_term=.d9d3cec8a37d)
- <http://theantimedia.org/war-crimes-genocide-us-involvement-yemen/>
- <https://theintercept.com/2015/01/22/yemens-de-facto-coup-detat/>
- <https://news.vice.com/article/the-un-says-us-drone-strikes-in-yemen-have-killed-more-civilians-than-al-qaeda>
- <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/libya/8407047/Libyan-rebel-commander-admits-his-fighters-have-al-Qaeda-links.html>
- <http://theantimedia.org/hillary-clinton-ally-al-qaeda/>
- <http://theantimedia.org/al-qaeda-syria-name-us-arming/>

Übersetzt aus dem Englischen von: <http://www.trueactivist.com/al-qaeda-leader-just-admitted-to-being-aligned-with-the-u-s/>  
 Quelle: <http://derwaechter.net/al-qaeda-fuhrer-raumte-soeben-verbinding-zu-den-usa-ein>

## Jan und die Hurensöhne

Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 7. Mai 2017

Jan Böhmermann ist landesweit bekannt geworden, weil der Ziegenliebhaber nicht einmal die fälschliche Annahme ertragen konnte, dass ein anderer Mann sich seinen Lieblingen nähern könnte. Leider war der Andere nicht nur der Staatschef der Türkei, sondern ist ebenso intolerant wie Böhmermann, der seine Follower bei leisester Kritik auf seinem Twitter-Account sperrt.

Böhmermanns ›Gedicht‹ genannte Hervorbringung löste eine veritable Krise in der Beziehung zur Türkei aus. Unsere Kanzlerin war gezwungen, ein schon vergessenes Gesetz aus der Kaiserzeit zu reaktivieren, das Majestätsbeleidigung unter Strafe stellte, damit sich der türkische Staatspräsident mit einer Klage gegen die Schmähekritik wehren konnte. Das einzige Ergebnis war allerdings, dass die Böhmermann-Affäre einen festen Platz in der Wikipedia bekam.

Ich gestehe, ich habe mich damals auch mit Böhmermann solidarisiert, weil ich im Gegensatz zu ihm der Meinung bin, dass auch solche infantilen Abscheulichkeiten wie sein Ziegengedicht unter Meinungsfreiheit fallen.

Satire darf alles, hat Tucholsky gesagt, der sich nicht einmal in seinen Albträumen einen durch Zwangsgebühren finanzierten Satiriker wie Böhmermann vorstellen konnte. Tucholsky hätte aber die neueste Hervorbringung unseres Quoten-Hits im 60+-Fernsehen auch nicht für Satire gehalten, sondern hätte sich an Machwerke erinnert gefühlt, die von einem Kampfblatt der Epoche produziert wurden, die Tucholsky in den Selbstmord getrieben hat.

›Hurensöhne Mannheims‹ heisst das Werk, das ganz sicher keine Parodie ist, sondern genau die Hetze, die Böhmermann & Co zu bekämpfen vorgeben. Als besonders genial wird der Einfall bejubelt, Hitler zum Bewunderer der Söhne Mannheims zu erklären. Weil alle, die noch selbstständig denken können, das nicht lustig, sondern lediglich bescheuert finden, wird ein Lacher aus dem Off eingespielt. Haha.

Böhmermann konnte mit seinem Gag immerhin bei den braven Stadtvätern von Mannheim Eindruck schinden, die sich umgehend wegen ›antistaatlicher Aussagen‹ empörten.

Deutschland ist also wieder an dem Punkt angelangt, wo Kritik an Staat und Politik nicht mehr erlaubt sein soll, wenn es nach den selbsternannten Gesinnungswächtern geht.

Ganz vorn dabei das ehemalige ›Sturmgeschütz der Demokratie‹, das sich als Fallbeil der Meinungsfreiheit geriert. Spiegel-Autor Andreas Borcholte lässt keinen politisch korrekten Anwurf aus: ›rechtspopulistischer Hetzer und Verschwörungstheoretiker‹, ›antisemitische Untertöne‹ (ohne Belege!), aber auch ›umstürzlerische staatsfeindliche Rhetorik‹.

Wer sich solcher Epitheta bedient, muss sich den Spiegel vorhalten lassen, in wessen Denke er sich bewegt. Diese Attribute hat die Staatssicherheit zur Bezeichnung von ›Staatsfeinden‹ in der DDR benutzt. Sie hätte Naidoo ein ›feindlich-negatives Element‹ genannt.

Neu ist, gegenüber dem ›Neuen Deutschland‹, dass der Spiegel einen Link zum Text, der die politisch korrekten Emotionswogen hochschlagen lässt, zur Verfügung stellt:

«Und der Hass – der steigt!  
 Und unsere Wut – sie treibt!

Ich mach mich warm, weil der Dunkelheitseinbruch sich nähert

Die nächste Bullenwache ist nur ein Steinwurf entfernt ...  
 Bin bei weitem nicht frei von Sünde  
 Aber trete vor zum Werfen.»

In diesen Versen ist alles vorhanden, was Borcholte anprangert. Leider stammt der Text nicht vom Staatsfeind Naidoo, sondern von der vom Justizminister Maas hochgelobten Truppe ‹Feine Sahne Fischfilet›. Im Kampf gegen Rechts ist alles erlaubt. Dafür gibt es sogar Staatsknete aus dem Hause Schwesig – im Namen von Vielfalt und Toleranz.

«Und weil ihr euch an Unschuldigen vergeht  
 werden wir unsere Schutzschirme ausbreiten  
 Und weil ihr die Tatsachen schon wieder verdreht  
 Müssen wir einschreiten.»

Ihr seid so langsam und träge, es ist entsetzlich  
 Denkt, ihr wisst alles besser, und besser gehts nicht, schätz ich  
 Doch wir denken für euch mit und lieben euch als Menschen  
 Als Volk-in-die-Fresse-Treter stost ihr an eure Grenzen.»

Nun kann man der Meinung sein, dass multipler Gesetzes- und Vertragsbruch, wie in den letzten Jahren von der Politik praktiziert, was, um nur einen Vertreter zu nennen, der Ex-Verfassungsrichter Udo di Fabio der Regierung Merkel in einem Gutachten bescheinigt hat, kein ‹Volk-in-die-Fresse-Treten›, sondern nur demokratische Präsidialattitüde ist, die Verfassung und Gesetze mit den Füßen tritt. Aber Naidoos Bezeichnung ist aus der Sicht der Regierten zutreffend. Von der Meinungsfreiheit ist sie sowieso gedeckt.

Habe ich meine Auswahl einseitig getroffen? Nein, denn sie beschreibt die Kernaussage des Liedes. Die anderen von Borcholte aufgeführten Zitate sind, wenn man den Text liest, klare Warnungen, was passieren könnte, sollte die Politik einfach so weitermachen wie bisher. Aufrufe zur Gewalt, wie bei ‹Feine Sahne Fischfilet›, findet man bei Naidoo nicht.

Mit der Verdrehung der Tatsachen, die Naidoo anprangert, muss er jetzt selbst leben. Man kann nur hoffen, dass der Sänger den Kakao, durch den man ihn zieht, nicht am Ende noch trinkt.

Nachtrag: Inzwischen hat sich der erste Radiosender entschlossen, natürlich im Namen von Vielfalt und Toleranz, nur noch staatskonforme Musik zu senden! Ein Hoch auf die willigen Helfer!

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/05/07/jan-und-die-hurensoehne/#more-1320>

## Welchen Mörder wählen Sie?

Veröffentlicht am 8. Mai 2017 von dieter



Die Franzosen haben gewählt. Zwei Drittel der Franzosen wollen ein ‹Weiter wie bisher›. Sie haben nicht erkannt, dass die Medien, die der Hochfinanz gehören, die Wähler mit einem vorgegebenen Meinungsbild konditioniert haben, in dem sie seit Wochen rund um die Uhr von einem freien und wohlhabenden Europa geschwafelt haben. Wie kann Europa oder die EU frei und wohlhabend sein, wenn sie dem US-Imperium in den Allerwertesten kriecht, der NATO angehört und einen Schuldenberg angehäuft, der zur Folge hat, dass die Bürger früher oder später enteignet werden (müssen).

Die Marionetten der Hochfinanz (Bürokraten) in Brüssel und anderswo lachen sich ins Fäustchen und kassieren weiterhin ihre fetten Gehälter und Pensionen. Leider müssen dafür auch die Nichtwähler aufkommen. Warum

eigentlich? Sie haben dieses «Pack» doch nicht gewählt. Sie wollten diese Diebe nicht. Nur wer sie will, soll sie auch finanzieren.

Frankreich ist gespalten und die Unruhen werden zunehmen. Der neue Präsident wird dies nicht verhindern können.

Bestimmt haben Sie schon mal einer politischen Partei oder einem Parteisolddaten Ihre Stimme gegeben. Ich auch, als ich noch im Glauben war, sie würden meine Interessen vertreten. Als ich aber vor etwa 20 Jahren feststellte, dass die Arbeiterräterpartei, im Volksmund auch SPD genannt, ihre Wählerschaft verraten hatte, war definitiv Schluss mit der Wahl politischer Konzernvertreter. Die CDU/CSU und die FDP waren von Anfang an Parteien für Lobbyisten. Als dann aber auch noch die SPD unter Gas-Gerd mit den Grünen Ökofaschisten eine Regierung einging und Hartz4 einführte, war das Thema «Wahlen» für mich erledigt.

Als sich der Turnschuh-Cowboy Fischer von den GRÜNEN für die Bombardierung im Kosovo aussprach, wurde er mit Tomaten beworfen. Mit Tomaten! Ach wie sanft doch seine Gegner waren. Heute, nachdem er sich dem US-Imperium beugt, lebt er in den USA und ist ein grosser Befürworter der US-Kriegstreiberei. Entsprechend wird er dafür auch belohnt. Aber wie viele andere Stiefellecker des US-Imperiums hat auch er noch nicht begriffen, dass sein letztes Hemd keine Taschen hat, die sich ewig füllen lassen.

Nun, was soll's. In der Politik gibt es massenweise solcher Psychopathen. Sie müssen nur in die Bundes- und Landesparlamente schauen.

Was das alles mit Mördern zu tun hat? Wir werden es gleich herausfinden.

Warum wohl wurde die «Vorbereitung eines Angriffskriegs» aus dem Strafgesetzbuch (§ 80 StGB) gestrichen? Für den US-Luftangriff auf den Flughafen in Syrien machten Merkel, Gabriel, Schulz u. a. US-Marionetten unisono den syrischen Machthaber Baschar al-Assad wegen seines angeblichen Gasanschlages verantwortlich, obwohl es bis heute nicht bewiesen ist, dass er dahinter steckt. Aber erst einmal bombardieren und unschuldige Menschen ermorden. Schuldig sind auch die, die an einem Mordverbrechen teilnehmen, obwohl sie die Mordtat nicht begangen haben.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation erklärt den Vorgang der US-Bombardierung in Syrien. Von westlichen Medien werden derartige Infos selbstverständlich nicht gezeigt. Deren einseitige Berichterstattung dient nur dazu, die Bevölkerung mit ihren Lügen zu manipulieren. Hier ein Wortwechsel, der zum Giftgasangriff in Syrien im Pentagon stattgefunden haben soll. Auch nicht ganz uninteressant sind die Fakten des Weissen Hauses zum Giftgas-Angriff, die keine sind.

In der «Anne Will Lügenshow» vom 9. April sagte die Kriegsministerin Ursula von der Leyen sinngemäss, dass der Giftgas-Angriff von Assad ausgeführt wurde und die Reaktion des US-Präsidenten folglich nachvollziehbar sei. Voll auf Linie mit den US-Mördern sind das Kriegsministerium und somit auch die Merkel-Junta, wie folgende Aussage nahelegt: «Bei einem Luftangriff auf ein Schulgebäude in Syrien werden 33 Zivilisten getötet. Die Daten für den Angriff sind mutmasslich von deutschen «Tornados» geliefert worden, die aus Jagel stammen. (...) Viel zu sehr kommt in der öffentlichen Diskussion zu kurz, dass es Deutschland ist, das mitverantwortlich ist, auf vielerlei Arten.»

Letztendlich gehören auch diejenigen zu den Mördern, die Waffenlieferungen in diktatorische Staaten genehmigen. Schliesslich werden mit Kriegswaffen x-tausende Menschen getötet. Die Bundesregierung befürwortet Waffenlieferungen nach Saudi Arabien, in die Türkei, nach Israel ... usw. Der deutsche Steuerzahler bezuschusst sogar die Lieferung von Kriegsschiffen an Israel mit 115 Mio. Euro.

Für jede Stimme, die für die Mörder abgegeben wird, bekommen diese auch noch Geld vom Steuerzahler. Wie blöd muss man sein, denen, die uns aussaugen, seine Stimme und sein schwer verdientes Geld zu geben? Mit einer «Brot und Spiele»-Politik und regierungstreuen Medien wird die Masse indoktriniert, wie es sich eine anti-demokratische Regierung wünscht. Möglicherweise aber werden die, die Brot und Spiele wählen, Terror ernten. Am 14. Mai, am Muttertag, sind Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW. Mütter mussten schon immer für Ungerechtigkeiten herhalten, wie z.B. ihre Söhne in Kriege schicken. Demnächst werden es auch ihre Töchter sein. Hoffentlich überlegen sich viele Mütter bei Wahlen daran, ob sie Kriegsverbrechern ihre Stimme geben.

Rund 13,25 Mio. Wahlberechtigte haben die Möglichkeit, die Wahl zu verweigern. Die Rot-Grüne Regierung war ein Desaster. Die SPD ist Kraft-los, die Grünen mit Frau Löhrmann können nichts, ausser die Bürger in NRW bevormunden und mit ihrer Bildungspolitik die nachfolgenden Generationen komplett verblöden. Die CDU mit Laschet und die FDP mit Lindner haben auch keine Ideen, um NRW vor dem Ruin zu retten. Das heisst, diese vier Parteien sind auf gar keinen Fall wählbar, zumal sie uns noch mehr Einwanderer aufhalsen, wofür wir letztendlich zahlen dürfen. Wählen Sie besser gar keine Partei, denn die AfD und die LINKE werden auch nicht

in der Lage sein, das marode NRW in blühende Landschaften umzuwandeln. Wahljahr 2017 – Warum man auf keinen Fall wählen sollte.

Oder schauen wir uns einmal den Diktator vom Bosphorus an. In der Türkei haben die Menschen am Ostersonntag für eine Diktatur gestimmt. Der Türkei-Diktator ist ein mehrfacher Mörder, aber das ist seinen Wählern wohl egal. Jetzt will er ein Referendum zur Todesstrafe. Hat er nicht schon genug Kurden, Syrer und Iraker ermordet?

Und warum regen sich die EU-Vollidioten darüber auf, obwohl sie selbst im Lissabon-Vertrag dem Schiessbefehl zugestimmt haben und ihm Milliarden Euro überweisen, damit er Waffen aus Deutschland und anderswo kaufen und weiter morden kann?

Ich bin fest davon überzeugt, dass die meisten Wähler sich überhaupt keine Gedanken darüber machen, was sie mit ihrer Stimme so alles anrichten. Sie wissen nicht einmal, dass es in Deutschland gar kein gültiges Wahlgesetz gibt, wie das BVerfG 2012 festgestellt hat. Ist das Wählen einer politischen Partei demnach eine strafbare Handlung? Um das juristisch zu verifizieren bin ich nicht der richtige Ansprechpartner. Um aber einer strafbaren Handlung vorzubeugen, erscheint es mir vorteilhaft zu sein, besser nicht an Wahlen teilzunehmen. Darüberhinaus erscheint es meines Erachtens sinnvoll, die Wahlunterlagen sämtlicher Wahlen abzuholen und den Beweis als Nichtwähler schön abzuheften.

Letztendlich aber muss jeder selbst wissen, ob er/sie an ungültigen Wahlen teilnimmt und einem mutmasslichen Mörder seine Stimme gibt.

WIE LANGE WOLLEN WIR UNS NOCH VERARSCHEN LASSEN VON POLITIKERN, DIE ABSOLUT NICHTS TUN UM WOHLSTAND ZU SCHAFFEN UND DIE AUF EURE UND EURER ELTERN KOSTEN LEBEN UND SICH EINE GOLDENE NASE VERDIENEN? SIE ZAHLEN KEINE STEUERN!

Zumindest lügt sie nicht, wenn sie sagt: «Der Unterschied zwischen Euch und einem normalen Dieb ist, dass der Dieb selbst stiehlt, während Ihr nach der Regierung jammert, damit sie für Euch stiehlt.» Ansonsten hat diese gute Frau auch noch einiges anderes in ihrem Köcher. Ja, liebe Wähler, denkt bitte darüber mal nach, bevor ihr eure Stimme euren Feinden gebt. Wann begreifen die Wahlschafe endlich, dass sie von denen, die sie gewählt haben, für komplett BLÖD verkauft werden?

«Und ich freue mich auf den Zeitpunkt, wenn die Wahlbeteiligung unserer Demokatur gegen Null tendiert.» (Andreas Popp).

Warum Exportweltmeister nichts Gutes ist! Andreas Popp und Prof. Sinn erklären ganz deutlich, dass wir Sklaven eines von den Zentralbanken gesteuerten Schuldgeldsystems sind. Wer das verstanden hat, kann unmöglich politische Parteien wählen, die dafür verantwortlich sind.

Es ist ein Megabetrug mit den politischen Parteien. Es werden nur nichtrechtsfähige Vereine gewählt.

Sollte sich irgendjemand darauf berufen, gebietskörperschaftliche Rechte zu haben, die seitens des Bundes oder der Bundesregierung verliehen wurden, muss klar sein, dass dies eine faustdicke Lüge ist.

Überlegt Euch genau, ob Ihr diesem Pack erneut Eure Stimme geben wollt. Es bleibt nicht mehr viel Zeit bis zur kompletten Enteignung der Kleinsparer. Die Inflation ist nicht mehr aufzuhalten. Asset-Inflation, Mietpreis-Inflation, Immobilien-Inflation, wohin man schaut. Und wer hat uns das alles eingebrockt? Genau jene, welchen die Wähler an die Macht verholten haben. Diese machtbesessenen Kreaturen werden auch als Politiker bezeichnet, die nichts anderes sind als Marionetten der Hochfinanz.

Alternativen werden bei Heureka diskutiert. Aber wer hat schon Interesse an Veränderungen. Es läuft doch alles wie geschmiert – für die Geldbarone!

Quelle: <http://krisenfrei.de/welchen-moerder-waehlen-sie/>

## Wie ein funktionierender Schutz der Aussengrenzen aussehen muss

9. Mai 2017; Von Dr. Andreas Unterberger

70 Prozent der EU-Europäer verlangen laut einer neuen Eurobarometer-Umfrage, dass die Union mehr tun soll zum Schutz der Aussengrenzen. Auf keinem anderen Feld der Politik ist der Ruf nach mehr Handeln Europas so stark (meist handelt die EU den Menschen ja sogar zuviel!). Die Millionenmigration nach Europa mit all ihren schlimmen Folgen (von Terrorismus über Islamisierung und Massenarbeitslosigkeit der für jeden Job meist unbrauchbaren Migranten bis zum Zusammenbruch der europäischen Sozialsysteme) ist für die grosse Mehrheit der Europäer zur zentralen Bedrohung geworden. Zugleich aber gibt es kaum ein Feld der Politik, wo die EU so wenig Richtiges tun, so uneinig ist, was man eigentlich tun sollte. Dabei gäbe es nur eine einzige mögliche Strategie zur Rettung Europas.



Jahrelang wurde die Forderung der europäischen Bürger nach einem Aussengrenzschutz von den Mainstream-Medien mit dem entsetzten Ruf abgetan: «Wir wollen doch keine Festung Europa! Wir wollen doch keinen Eisernen Vorhang rund um die EU!»

Solche Sprüche sind freilich miese Polemik. Denn sie setzen infamerweise Einsperren mit Aussperren gleich. Ein Aussengrenzschutz gegen Millionen illegal nach Europa hereinströmender Menschen ist das absolute Gegenteil des Eisernen Vorhanges, der einst Hunderte Millionen mit Gewalt im kommunistischen Meinungsterror samt Misswirtschaft festgehalten hat. Inzwischen ist der Ruf der Bürger nach Aussengrenzschutz aber immer lauter geworden, so dass diese hohlen Phrasen der europäischen Politik nicht mehr ausgereicht haben.

### Genau das Falsche ist geschehen

Man beschloss also, etwas zu tun. Aber – man tat genau das Falsche. Offen ist nur, ob aus Dummheit und Naivität oder in vollem Bewusstsein und aus Zynismus.

Die EU und Italien entsandten jedenfalls stattliche Marineeinheiten ins Mittelmeer, angeblich zur Abwehr der ständig wachsenden Anzahl von Schlepperbooten voll mit «Flüchtlingen». Es gelang jedoch keine Reduktion dieser Zahlen; statt dessen wurden immer mehr illegale Migranten «gerettet». Statt Abwehr der Schlepperei wurde aus den EU-Aktivitäten eine Beihilfe zum Verbrechen der Schlepperei. Die mafiös arbeitenden Schlepperbanden in Libyen konnten dank der EU immer mehr Boote in See schicken. Diese waren zugleich immer weniger seetüchtig. Und sie wurden überdies mit immer mehr migrationswilligen Afrikanern überladen.

Die Überlegung dahinter war durchaus logisch: Wenn die EU und Italien ohnedies alle Migranten retten, kann man ja mit immer mehr Migrationswilligen Geschäfte machen.

Überdies werden die EU-Schiffe von immer mehr privaten NGOs begleitet, die noch viel offensiver «retten». Neuerdings aber wird in Italien – dieses Land besteht ja keineswegs nur aus naiven Gutmenschen und Mafia-Gangstern – ein furchtbarer Verdacht intensiv geprüft: Diese Schlepperbanden dürften sich immer direkter der Dienste der NGOs bedienen, ja sogar selbst getarnt solche Nichtregierungsorganisationen zum Migrantenexport betreiben.

Es wird gewiss schwierig sein, diesen Verdacht prozessreif zu klären. Aber jedenfalls wäre eine Massnahme längst dringend notwendig, nicht nur für den Schutz gegen Massenmigration: Alle EU-Staaten, insbesondere Deutschland und Österreich, sollten längst die Unterstützung der NGOs und deren steuerliche Privilegien stoppen. Sie sollten zumindest ihre Hilfe nur auf jene NGOs beschränken, die sich einer strengen Kontrolle nicht nur der Gebarung, sondern auch all ihrer Aktivitäten unterwerfen. Nur solche NGOs dürfen Steuergelder erhalten, deren Taten zur Gänze mit den europäischen Intentionen vereinbar sind. Solche genauen Prüfungen wären freilich in Wahrheit von Anfang notwendig gewesen, seit NGOs Steuergelder erhalten.

Die einzige bisher wirklich effektive Massnahme gegen die Massenmigration nach Europa war genau das, was Medien, EU-Kommission und Gutmenschen lange empört verurteilt haben. Das war die Wieder-Hochziehung von Grenzen und Grenzkontrollen. Den ersten mutigen Schritt dazu hat Ungarn gesetzt – erfolgreich, auch wenn das Land dafür von einem lauten Chor wild beschimpft worden ist. Der zweite Schritt war dann unter Koordinierung des österreichischen Aussenministers eine Sperre der gesamten Balkanroute, insbesondere der mazedonischen Südgrenze. Auch das wurde eine Zeitlang von allen Linken wild verteufelt, gilt heute aber als grosse Erfolgsstory.

### Die Balkansperre ist leider kein Modell

Inzwischen glauben viele Europäer sogar, dass die Balkansperre ein Modell auch für den Rest Europas sein könnte. Das kann sie jedoch – leider – überhaupt nicht. Nicht nur weil in Italien und den EU-Gremien die Gutmensch-Naiven noch immer die Oberhand haben, sondern vor allem deshalb, weil das, was bei Landgrenzen halbwegs funktioniert, bei Küsten völlig unmöglich ist. Man kann weder alle Strände Italiens mit Stacheldraht vom Meer trennen, noch einen solchen rund um die Tausenden Inseln Europas hochziehen.

Und selbst wenn man das könnte, werden kreative Menschen und Banden immer zahlreiche Wege finden, um all diese Sperren trickreich oder kriminell zu umgehen. Es werden dann zwar vielleicht nicht mehr ganz so viele Menschen nach Europa kommen wie in den letzten zwei Jahren. Aber es werden noch immer viel mehr sein, als die europäischen Staaten integrieren wollen oder können.

Die Massenmigration wird in jedem Fall weitergehen, solange Europas Politiker sagen: «Neue Migranten sollen halt nicht mehr kommen, aber die, die schon da sind, müssen wir doch aufnehmen und durchfüttern.»

Das klingt zwar nach einem netten Kompromiss, sorgt aber in Wahrheit wie ein starker Magnet dafür, dass immer noch mehr Migranten hereindrängen. Jeder will dann erst recht zu den Privilegierten gehören, zu jenen «die schon da sind».

### Jeder Illegale muss wieder hinausgebracht werden

Es gibt daher nur eine einzige funktionierende Form des Aussengrenzschutzes: Dass jeder, der illegal in die EU gekommen ist, notfalls auch mit Gewalt wieder aus ihr hinausgeschafft wird.

Was ist aber, wenn diese ihre Herkunft verheimlichen, wenn die Heimat die Migranten nicht zurücknimmt, wenn Menschen aus sonstigen Gründen nicht dorthin zurückgebracht werden können?

Vielfach wird man – wenn man nur wollte! – durchaus auch andere Länder finden, die sie aufnehmen. Europa müsste nur alle seine Entwicklungshilfezahlungen auf diese kooperationswilligen Staaten umlenken. Aber dennoch wird man für einen Rest an Migranten Lager insbesondere in Nordafrika errichten müssen.

Aus diesen Lagern können sie natürlich (auch auf Kosten der EU) überallhin frei weiterreisen – nur nicht in die EU. Es sei denn, eine strenge Überprüfung ergäbe, dass sie unter die Bedingungen der Flüchtlingskonvention fallen. Diese Überprüfung dürfte aber wirklich nur in den Fällen der Konvention zum Asyl führen, also nur bei Feststellung politischer, religiöser oder rassischer Verfolgung einer konkreten Person. Nicht aber in allen anderen Fällen, die auf Grund einer naiv-weltfremden Judikatur heute darüber hinaus zum Asyl führen: Von der Homosexualität über Prostitution und Drogendealen bis zur Familienzusammenführung und zur Asylgewährung, bloss weil irgendwelche Phantasie-Stories aus fremden Ländern halt nicht widerlegbar sind.

Aber derzeit findet ja ohnehin in keiner Weise eine ernsthafte Überprüfung statt. Das zeigt der jüngste Skandal exemplarisch, wo ein (geisteskranker? (Anm.: bewusstseinskranker) extremistisch motivierter?) deutscher Offizier von den deutschen Behörden als «syrischer Flüchtling» akzeptiert worden ist, obwohl er nicht einmal arabisch kann!

Wie bei vielen Fragen (siehe auch Sperre der Balkanroute, siehe auch das Verlangen nach Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, siehe auch die scharfe Kritik am «NGO-Wahnsinn») war Sebastian Kurz der erste, der gegen vielfache Kritik Notwendigkeiten auch offen ausgesprochen hat. Darauf kann man als Österreicher durchaus stolz sein. Wahrscheinlich haben zwar auch viele andere europäische Politiker darum gewusst, waren aber im Gegensatz zu ihm lange zu feige, um es auch offen auszusprechen. Inzwischen haben sich jedoch immer mehr EU-Exponenten zur Kurz-Erkenntnis der Notwendigkeit von solchen Lagern durchgerungen, zuletzt etwa auch Christian Kern.

Es ist jedoch noch ein langer Weg, bis das in der ganzen EU mehrheitsfähig oder gar einhelliger Standpunkt ist. Die Union befasst sich ja weiterhin viel lieber mit Dummheiten wie neuen wirtschaftsfeindlichen Sozial-Regulierungen oder der Bestrafung Ungarns, weil dieses in Ausübung seiner nationalen Souveränität selbst festlegen will, ob ein Amerikaner – also keineswegs EU-Bürger! – in Budapest eine Universität betreiben darf.

### Die vielen zu klärenden Details

Irgendwann – hoffentlich nicht viel zu spät – wird aber wohl doch eine EU-Mehrheit diese einzig mögliche Strategie begreifen, die auch oft unter «australischem Beispiel» zusammengefasst wird. Dann aber folgen erst die vielen unangenehmen «Details», um die sich bisher sowohl Kern wie Kurz wie auch alle anderen Anhänger des australischen Modells gedrückt haben. Die wichtigsten dieser dringend zu klärenden Details:

1. Die besten Plätze für solche Lager in nicht besiedelten Gegenden Libyens.
2. Die Aufteilung der Kosten eines solchen Lagers.
3. Die Festhaltung des völkerrechtlichen Anspruchs Libyen gegenüber, dass Europa auf dessen Gebiet solche Lager errichten darf, da Libyen eindeutig für einen Aggressionsakt gegenüber Europa verantwortlich ist, weil von seinem Territorium aus Hunderttausende (und bald Millionen) Menschen illegal Richtung Europa aufbrechen konnten.
4. Klärung und Planung der Infrastruktur solcher Lager (Wasserversorgung, Flugpisten, Gebäude usw).
5. Ausspruch und Umsetzung der Notwendigkeit eines starken militärischen Schutzes solcher Lager, insbesondere gegen die zahllosen in Libyen marodierenden Milizen, Mafiabanden und Islamisten.

Wer behauptet, dass das inhuman sei, der lügt und verdrängt, dass der jetzige Zustand zehnmal inhumaner ist, bei dem Tausende im Mittelmeer umkommen, bei dem Millionen von Migrationswilligen unter absolut furchtbaren Begleitumständen in der Hoffnung auf die Fata Morgana «Europa» Tausende Kilometer quer durch Afrika und die arabischen Länder ziehen. Dieser Zug würde dann nämlich sehr, sehr bald aufhören.

### Dringend nötig Handels- und Investitionsschutzabkommen

All die Kritiker dieser Notwendigkeiten sollten sich im Übrigen auch für echte Freihandelsabkommen einsetzen, damit endlich mehr Investitionen und Arbeitsplätze in diese Armutsländer gelangen, was im rechtsfreien Zustand aber nie passieren wird. Nur so werden die in ihre Heimat Zurückgeschickten dort auch Chancen auf

Jobs finden. Ebenso wichtig wären Empfängnisverhütungsprogramme, um die Bevölkerungsexplosion abzu-bremsen.

Aber bisher sind diese langfristig effizienten Strategien immer am Widerstand von links- oder rechtsradikalen Aktivisten und egoistischen Wirtschaftslobbys gescheitert. Und neuerdings haben sie auch in Washington einen gewichtigen Gegner.

Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/05/09/wie-ein-funktionierender-schutz-der-aussengrenzen-aussehen-muss/>

## Medienwissenschaftler Bolz: «Mündige Bürger für dumm zu verkaufen, ist eine unglaubliche Arroganz bestimmter Eliten»

*Epoch Times; Aktualisiert: 8. Mai 2017 17:38*

Medienwissenschaftler Norbert Bolz hat wieder einmal Klartext gesprochen zum Thema Medien. Er hält die Bürger für mündig genug, mit der Wahrheit umgehen zu können. Dass man das Volk für dumm verkauft oder für dumm hält, sei eine unglaubliche Arroganz, die von bestimmten Eliten ausgehe.

Medienwissenschaftler Norbert Bolz hat wieder einmal Klartext gesprochen zum Thema Medien. Im Interview mit Peter Hahne auf PHOENIX-TV antwortet er auf Hahnes Frage:

«Haben die Leute recht, wenn Sie sagen, den Medien glaube ich nicht mehr?»

**Bolz:** «Es gibt jedenfalls gute Gründe das zu sagen, und das liegt nicht etwa daran, dass die Medien lügen würden – Lügenpresse ist eine eher nicht zutreffende Verkürzung –, ich möchte fast sagen, es ist noch viel schlimmer. Sie verschweigen, sie tun nicht das, was man eigentlich von ihnen erwartet – nämlich aufzuklären über die Wirklichkeit, und sie tun das aus falsch verstandener Rücksichtnahme und offenbar aus einem Gefühl heraus, dass man den Deutschen nicht die Wahrheit zumuten kann. Sie (die Deutschen) reagierten falsch auf das Wahre und deshalb müsse man es verpacken und vorsichtig damit umgehen.»

**Hahne:** «Sie haben das ja auch viele Jahrzehnte erforscht – Was kann man dem Volk zumuten? Wie viel Wahrheit verträgt das Volk?»

**Bolz:** «Ich gehe davon aus, dass unsere Bürger mündige Bürger sind, dass sie erwachsen sind, und das ist auch die Voraussetzung von Demokratie. Wenn wir diese Voraussetzung nicht wirklich mehr akzeptieren und teilen, müssen wir ganz anders zusammenleben – das will, glaub ich, niemand.

Insofern ist das die eigentliche Katastrophe, dass Leute, die sich zu einer selbsternannten Elite rechnen, glauben, dass Wahrheit für sie selber zuträglich ist, für die anderen aber offensichtlich nicht.

Und dass man die Bürger für dumm verkauft oder sie einfach für dumm hält, für unfähig mit Wahrheit umzugehen, das ist eine unglaubliche Arroganz, die von bestimmten Eliten ausgeht.

Sowohl bei den Journalisten als auch bei den Politikern und selbst in anderen Lebensbereichen nimmt die Tendenz hin zum Paternalismus immer mehr zu – also von oben herab die Bürger an die Hand nehmen zu wollen, ihnen das, was zuträglich ist für ihr Leben vorzukauen und vorzusagen, statt sie selbst entscheiden zu lassen.»

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/medienwissenschaftler-bolz-muendige-buerger-fuer-dumm-zu-verkaufen-ist-eine-unglaubliche-arroganz-bestimmter-eliten-a2113767.html?meistgelesen=1>

## Wurde bei den französischen Wahlen betrogen?

*Dienstag, 9. Mai 2017, von Freeman um 10:00*

Sieht so aus, als ob die französischen Behörden per Post bewusst falsche Wahlzettel an die Wähler geschickt hätten. Viele Franzosen in Frankreich und auch in Übersee haben zwei Wahlzettel für Macron, aber keinen für Le Pen erhalten. Andere machten das Kuvert auf und fanden einen intakten Wahlzettel für Macron aber einen eingerissenen für Le Pen. Eingerissene Wahlzettel sind ungültig und werden nicht gezählt. Ein offensichtlicher staatlicher Betrug zum Vorteil von Macron, dem Liebling des Establishments.



Bereits am 15. April hat die britische DailyMail berichtet, dass 500 000 Umschläge mit zwei Wahlzetteln für Emmanuel Macron verschickt wurden und keine für Marine Le Pen. Das heisst, man konnte zweimal für Macron stimmen und keinmal für Le Pen.

Das folgende Video zeigt wie eine Person die verschlossenen Kuverts öffnete und voilà: Zwei Stimmzettel für Macron sind drin.



Auch Reuters berichtete, dass die Partei von Le Pen sich bei der Wahlbehörde beschwert habe, weil viele Wähler in mehreren Regionen eingerissene Wahlzettel für Le Pen erhalten haben.

Das heisst, das Resultat der Briefwahl muss man jedenfalls anzweifeln.

Und im folgenden Video sieht man, wie ein eingebürgerter Migrant sich selbst filmt, wie er alle Wahlzettel für Le Pen aus dem Wahllokal entwendet, damit niemand für Le Pen stimmen kann.



Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/05/wurde-bei-den-franzosischen-wahlen.html#ixzz4geK1piA1>



**DA SITZT DER DIKTATOR, DER VON SO VIELEN MENSCHEN GEHASSTE POLITIKER, DER SEIN VOLK ÜBERGEHT UND DIE WELT IN EINEN KRIEG TREIBEN WIRD. LINKS DANEBEN SITZT DER RUSSISCHE PRÄSIDENT WLADIMIR PUTIN.**





**IMPRESSUM****FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

**Abonnemente:**

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz